DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Fritz Bauer stellte einst treffend fest: »Leider ist es eine typisch deutsche Eigenschaft, den Gehorsam schlechthin für eine Tugend zu halten. Wir brauchen die Zivilcourage, ›Nein‹ zu sagen.« Foto: wikimedia

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 73 ab Samstag, 18. Dezember 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 73. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

DEMOKRATEN AUFGEWACHT



Überall in Deutschland:

Impfstreiks. Demonstrationen. Ziviler Ungehorsam!

Über 17.000 Menschen starben laut Europäischer Arzneimittelagentur in direkter Folge der »Impfung«. Mittlerweile haben Mitglieder der Bundesregierung angeordnet, die Statistik nicht mehr zu veröffentlichen. Segregation und Lohnschmelze scheinen in Deutschland zu regieren, dabei hatten Arbeiter und Angestellte bereits in den Jahrzehnten zuvor Verschlechterungen hinnehmen müssen. Können sie durch gemeinsames Vorgehen wieder aus der Talsohle herauskommen?

Die Inflationsrate in der BRD beträgt vier bis sechs Prozent. Der Lohnabschluss der DGB-Gewerkschaftsfunktionäre nach dem Streik der Pflegekräfte und Krankenhausarbeiter im Öffentlichen Dienst (TvÖD): 3,2 Prozent. Macht ein Reallohnminus von bis zu 2,8 Prozent, Tendenz weiter sinkend. »Dafür sollen wir uns der Russisch-Roulette-Impfung aussetzen?«, fragt Daria gegenüber dem DW. Sie hatte bereits zusammen mit der Gewerkschaftsgruppe Junge Pflege Nordost im März 2020 vor das Klinikum im Friedrichshain des Vivantes-Konzerns gesprüht: »Corona ist nicht das Problem!«

Fast zwei Jahre später kann sie nicht fassen, was aus Deutschland und Europa geworden ist. »Der Anfang war schon krass und uns war gleich klar, die benutzen uns jetzt.« Die Hoffnungen, dass sich Regierung und Vivantes-Konzern für die Schwestern einsetzen würden, habe sich nicht eingelöst. Daria hat Angst, sich offen zu erkennen zu geben. Ihren Namen und aktuellen Einsatzort mussten wir redaktionell ändern. »Der Alltag auf Intensiv war schon vor Corona stressig. Jetzt ist es eher der Psychoterror.«

PANIKMACHE UND WIRKLICHKEIT DER ARBEIT

Bei der Frage, ob Corona mehr oder weniger gefährlich ist als die übliche Grippeinfektwelle, will Daria sich nicht festlegen. »Es sind ja jetzt eher die Geimpften, die kommen.« Sicher sei jedenfalls, dass die Geschichte von den Beatmungsgeräten nicht stimme. »Ich habe kein Fernsehen, aber das sieht für mich alles super gestellt aus.« Möglich sei auch, dass zu üblichen Bildern des Krankenhausalltags für die Bildschirme Texte mit Hiobsbotschaften gesprochen würden.

Im sogenannten BMI-Panikpapier und mit dem »Corona-Maßnahmenpapier« war im Bundesinnenministerium (BMI) bereits im März 2020 eine maßlose Panikmache angeordnet worden. Den internen Papieren zufolge sollte beispielsweise Kindern absichtlich Angst vor dem Erstickungstod ihrer Eltern gemacht werden. Diese Zeitung arbeitete seit Ausgabe DW 5 an der Aufdeckung mit.

Fortsetzung auf Seite 9

Arbeitervertreter mit Herz

Der Preis der Republik geht an den Gewerkschaftler Christian Krähling | LAUDATIO
Von Hermann Ploppa



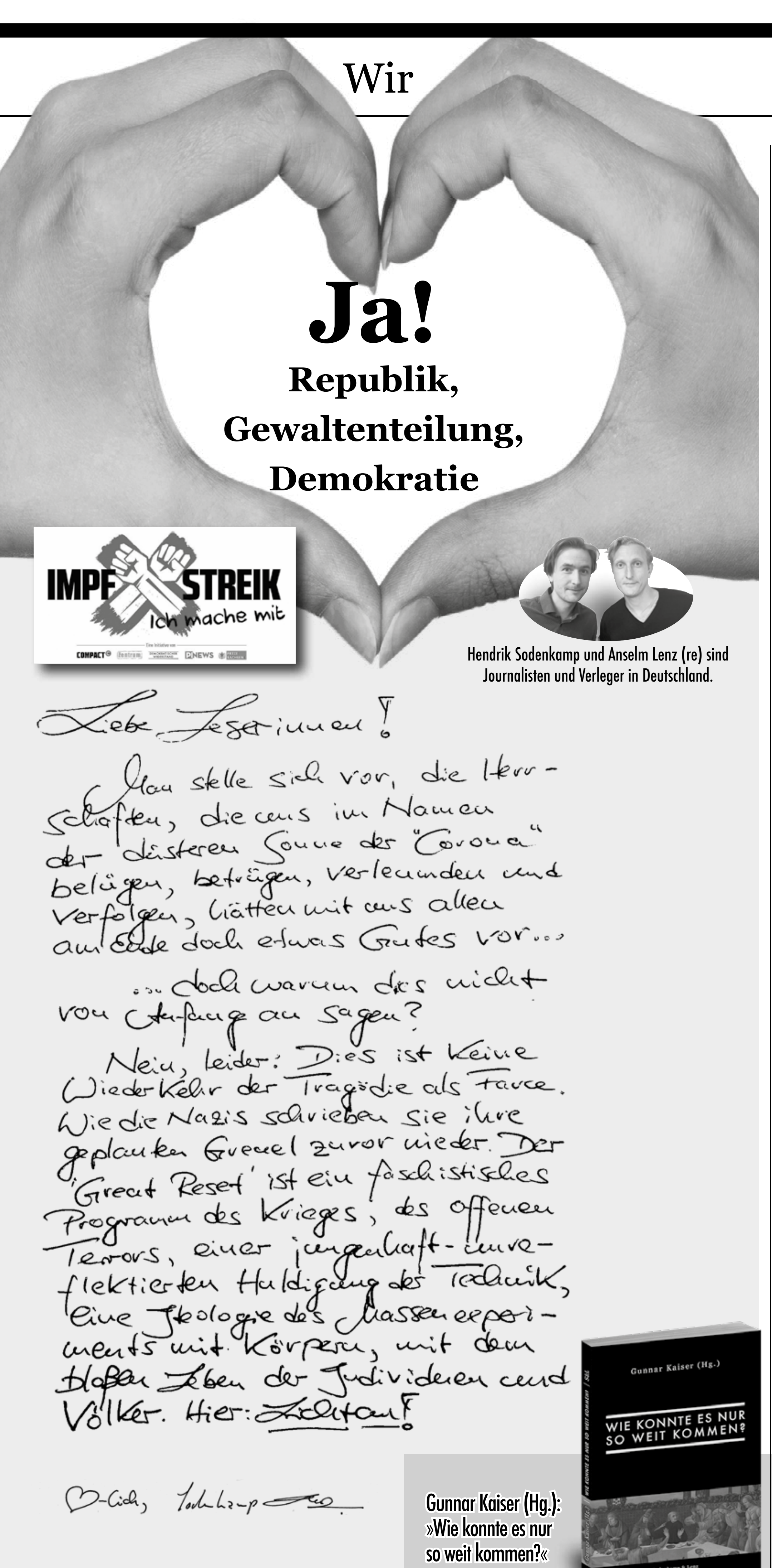
Als Christian Krähling im Jahre 2009 als Arbeiter bei Amazon im hessischen Bad Hersfeld anfing, waren gerade einmal 49 von 4.000 Mitarbeitern gewerkschaftlich organisiert. Die Lage der Arbeiter war desolat. Tariflohn war unbekannt. Krähling wurde bald zum Betriebsrat gewählt.

In »Guerillataktik« (Originalton Krähling) konnten immer größere Erfolge erzielt werden. Die ersten richtigen Streiks 2013 brachten Lohnerhöhungen und sogar Weihnachtsgeld. Mittlerweile sind bei Amazon Bad Hersfeld 1.500 von insgesamt 4.000 Kollegen gewerkschaftlich organisiert. Krähling baute ein internationales Netzwerk für Amazon-Beschäftigte auf. Dazu reiste er nach Polen, Frankreich und sogar nach China. Doch die Gegenseite schlief nicht. Amazon unterhält ein Global Security Center, das bevorzugt ehemalige Mitarbeiter von Geheimdiensten und Militär einstellt.

Vor einem Jahr, am 10. Dezember 2020, wurde der kerngesunde und immer positiv denkende Christian Krähling in seiner Wohnung tot aufgefunden. Sein Todestag war zugleich sein 43. Geburtstag. Natürliche Todesursache oder womöglich Fremdeinwirkung? Wir werden Krähling nicht vergessen ...

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Christian Krähling. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit.



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (re) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser:innen!

Man stelle sich vor, die Herrschaften, die uns im Namen der düsteren Sonne der "Corona" belügen, betrügen, verleumden und verfolgen, hätten mit uns allen am Ende doch etwas Gutes vor...

...doch warum das nicht von Anfang an sagen?

Nein, leider: Dies ist keine Wiederkehr der Tragödie als Farce. Wie die Nazis schrieben sie ihre geplanten Greuel zuvor nieder. Der 'Great Reset' ist ein faschistisches Programm des Krieges, des offenen Terrors, einer jugendhaft-unreflektierten Huldigung der Technik, eine Ideologie des Massenexperiments mit Körpern, mit dem bloßen Leben der Individuen und Völker. Hier: Lesen!

Gunnar Kaiser (Hg.): »Wie konnte es nur so weit kommen?«

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, Berlin Dezember 2021. 130 Seiten, 15 Euro.

Zu bestellen via demokratischerwiderstand.de und im unterstützenswerten einzelnen Buchhandel ohne G an der Ecke.

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Über das Böse

EINWURF *von Werner Köhne*

Die Philosophin Hannah Arendt sprach einst von der »Banalität des Bösen« und dachte dabei an den Auschwitz-Organisator Adolf Eichmann. Der Mann war sich keiner Schuld bewusst, weil er sein Handeln durch eine gediegene Normalität legitimiert sah – eine Normalität, die für ihn aus zwei Momenten bestand: einer ihm neutral erscheinenden Sachbezogenheit (der kann Logistik) und dem Befolgen von Befehlen in Form von Verwaltungsakten.

Allerdings lässt sich das Böse nicht auf die Banalität beschränken, es ist auch aus einer absolut sich setzenden Freiheit ableitbar – etwa so wie der Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt das Böse in seinem Roman »Der Verdacht« zeichnete: Ein zynischer Machtmensch tötet einen anderen Menschen schier motivlos, um so zu beweisen, dass er tun kann, was er will. Die Frage ist: Gibt es das Böse auch jenseits dieser absoluten Freiheit und einer Banalität, die blind macht?

Der Fall des Fußballspielers Joshua Kimmich macht einen immer noch fassungslos. Kann man etwas anderes als pure Bösartigkeit hinter folgendem Narrativ vermuten? Ein Nationalspieler verweigert eine vorschnelle Impfung. Er möchte überlegen. Diese Haltung wird ihm nun in einer schier blindwütigen Weise als moralische Verfehlung ausgelegt und – was die Sache wirklich auf die Spitze treibt: Man konstruiert klammheimlich einen Zusammenhang zwischen seiner Verweigerung und schier göttlich verfügten Folgen seines Verhaltens: Er hat inzwischen etwas mit den Lungen, wie die Medienmeute genüsslich berichtet – und er will sich impfen lassen – There we go.

Man möchte aufschreien vor so viel Bösartigkeit. Diese besteht darin, dass alle Mittel zur Erreichung eines Ziels erlaubt sind. Vor vielen Jahren verfasste Max Horkheimer mal die Schrift »Kritik der instrumentellen Vernunft« und zu meiner Studentenzeit erschien das Buch »Erkenntnis und Interesse« von Jürgen Habermas. Was man von beiden lernen kann: Vernunft und Erkenntnis werden fundamental zerstört, wenn soziales Handeln und selbst Moral als bloße Mittel zum Zweck des Machterhalts und der psychischen Vernichtung von Menschen eingesetzt werden. In diesem luziden Spiel wird jeder Gedanke zum Hintergedanken, jede Strategie zum Ausweis des Bösen. Ja, es gibt das Böse.

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

EINGEPREISTE IMPFTOTE



Die experimentelle Gentherapie, die uns von Big-Pharma als »Impfung« verkauft wird, fordert täglich immer mehr Todesopfer. *Collage: Jill Sandjaja*

Alarmierende Todesrate bei Biontech/Pfizer-Genpräparat laut offiziellen Unterlagen schon lange bekannt. | Von Markus Fiedler

Eine Studie aus den USA untermauert das, was in den unabhängigen Medien schon in aller Breite wiederholt zu lesen war. Gen-»Geimpfte« können Viren genauso leicht weitergeben wie unvollständig oder gar nicht genetisch behandelte Patienten. Zu diesem Ergebnis kam man in einer Feldstudie in einem texanischen Bundesgefängnis.

Gefangene hatten sich mit Sars-Cov2 infiziert. Sie wurden nachfolgend durch ihren gesamten Infektions- beziehungsweise Krankheitsverlauf hinweg unter anderem mit regelmäßigen Probenentnahmen aus der Nasenschleimhaut begleitet und beobachtet. Es gab keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf die Virenlast bei Gen-»Geimpften«, teilweise »Geimpften« oder ungeimpften Patienten.

Die Studie ist als »Preprint« veröffentlicht. Eine Begutachtung steht also noch aus. Die Frage ist, warum Leitmedien nicht über solche Studien berichten. Das könnte damit zusammenhängen, dass diese immer wieder opulente Geldzuwendungen erhalten, zum Beispiel *Der Spiegel*. Dieser hat vor Kurzem wiederholt eine Millionensumme von der Bill & Melinda Gates Stiftung erhalten, wie der investigative Journalist Thomas Röper auf anti-spiegel.ru berichtete.

HALBWERTSZEITEN VON NACHRICHTEN

Am 8. Dezember 2021 titelte der *Tagesspiegel*: »Impfstoff laut Biontech bei drei Dosen immer noch effektiv gegen Omikron.« Am 10. Dezember 2021 konnte man im selben *Tagesspiegel* lesen: »Biontech-Chef Sahin wirbt wegen Omikron für schnelle vierte Impfung.« Die Wirksamkeit des Impfstoffes hat in den Nachrichten nunmehr eine Halbwertszeit von nur noch zwei Tagen. Es gibt erste Veröffentlichungen aus dem Dezember 2021, dass Biontech/Pfizer eine weitere aktualisierte »Impfung« wegen der Corona-Omikron-Mutante auf den Markt bringen wolle. Im Sommer, am 22. Juni 2021, verkündete der Biontech-Chef noch lautstark: »Impfstoff wirksam gegen Mutanten.«

Aber auch diese Aneinanderreihung von ganz offen praktizierter – nach dem Heilmittelwerbegesetz unerlaubter – Werbung für Pharmaprodukte korreliert mit der eingangs erwähnten Studie, die schlussendlich aussagt, dass die derzeit am Markt befindlichen Corona-Impfstoffe mindestens wirkungslos sind. Andere Studien zeigen sogar ganz deutlich, dass die Impfstoffe das Immunsystem schwächen und somit eine negative Wirksamkeit haben.

In der 81. Sendung des Corona-Untersuchungsausschusses war diesmal abermals eine sehr weitreichende Information zu hören. Freigeklagte Dokumente zum mRNA-Genpräparat »Comirnaty« beziehungsweise »BNT162b2« von Biontech/Pfizer zeigen auf, dass in den klinischen Studien eine alarmierend hohe Zahl an Todesfällen aufgetreten sei. Die Öffentlichkeit wurde aber darüber seitens der US-Arzneimittelbehörde (FDA) nicht informiert. Von circa 42.000 Probanden seien während des Studienverlaufs 1.227 Tote bis zum Februar 2021 zu verzeichnen gewesen. Das wäre ein Anteil von 2,9 Prozent, also jeder 34. Proband soll während der genannten Zeit verstorben sein. Von den in der Studie ermittelten Nebenwirkungen der Impfung sei etwa eine von 37 tödlich. Anhand dieser Daten müsste der »Impfstoff« eigentlich sofort vom Markt genommen werden.

GEMELDETE NEBENWIRKUNGEN DER GENPRÄPARATE

In den offiziellen Datenbanken wird nur ein Bruchteil der tatsächlichen Fälle gemeldet, trotzdem sind auch diese Zahlen nicht minder besorgniserregend: Mit Stand vom 11. Dezember 2021 wurden der europäischen Arzneimittelagentur (EMA) europaweit insgesamt von 1.251.984 Patienten Nebenwirkungen im Zusammenhang mit der Gen-Behandlung durch Präparate von Biontech/Pfizer, Astrazeneca, Moderna und Johnson & Johnson gemeldet. Es handelt sich hierbei um sogenannte Verdachtsfälle. Aus Untersuchungen von Pathologen und unabhängigen Medizinern wissen wir, dass die Mehrheit dieser Fälle im tatsächlichen kausalen Zusammenhang mit den sogenannten »Impfungen« stehen. Es gab 109.702 längere Krankenhausaufenthalte nach den Genmanipulations-»Impfungen«. 26.352 gemeldete Nebenwirkungen waren lebensbedrohlich und insgesamt 18.901 Todesfälle sind bislang aufgetreten.

Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.

MELDUNG

DIE MONATSSPRITZE

Düsseldorf/DW. Nordrhein-Westfalen hob die Frist von fünf Monaten für die *Booster*-Impfung auf. Spritzen kann sich nun schon jeder bereits vier Wochen nach der Doppelimpfung. Immer mehr schält sich der Abo-Charakter der unter »Impfung« firmierenden Gen-Therapie heraus. Von der ursprünglich angepriesenen Wirkung von mehreren Jahren spricht mittlerweile niemand mehr. (nir)

DIE RÜCKKEHR DER UNGEIMPFTEN

Rom/DW. Ohne geht's anscheinend doch nicht. In Italien wird nun darüber nachgedacht, die wegen Genexperiment-Verweigerung suspendierten Ärzte und Pflegekräfte wieder einzustellen. Die Krankenhäuser seien heillos ausgelastet, so Giampiero Avrucio, Chef der Vereinigung der Krankenhausleiter in Italien. Da zeigt sich nun, wer letztlich am längeren Hebel sitzt. Es bleibt ein ambivalentes Verhältnis zum Krankenhauspersonal. Erst beklatscht, dann gefeuert und nun denkt man darüber nach, sie um ihre Rückkehr anzubetteln. (nir)

HACKER LÖSCHEN BRASILIANISCHE IMPFZERTIFIKATE

Brasilia/DW. Am Freitag, den 11. Dezember, haben sich *Cyber*-Aktivisten in das System des brasilianischen Gesundheitsministeriums eingeschleust und dort reichlich Chaos gestiftet. So wurde unter anderem die Seite lahm gelegt und die Impfzertifikate wurden gelöscht. Auch die Nutzer-Daten der brasilianischen Covid-Applikation »ConectSUS« verschwanden bis auf weiteres. (nir)

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)

0 10 20 30 40 50
Kalenderwoche

— 2017–2020 Median — 2017–2020 Durchschn. ■ 2017–2020 (min./max.) — 2021
—•— 2021 (darunter COVID-19)

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 13.12.2021), COVID-19-Todesfälle: Rob Institut (Stand 09.12.2021)

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre lag. Es gab demnach eher eine Untersterblichkeit. Ende 2021 zieht die Sterblichkeit mutmaßlich wegen der Impftoten an.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.
250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

DRUCK AUF BRIEFGEHEIMNIS WÄCHST

Berlin/DW. Die deutschen Innenpolitiker setzen unter der Führung der neuen Innenministerin Nancy Faeser (SPD) den unabhängigen Kommunikationsdienst Telegram unter Druck. Das Unternehmen verstößt für die Politiker gegen das umstrittene Netzwerkdurchsetzungsgesetz, indem es die Kommunikation der Bürger nicht überwacht und zensiert. Der Unternehmensgründer Pavel Durov war 2014 vor der russischen Regierung nach Dubai geflohen, wo er bislang auch vor dem Zugriff deutscher Behörden geschützt ist. Bei der Innenministerkonferenz der Länder in der vergangenen Woche war ein striktes Vorgehen gegen Telegram beschlossen worden.

Als Bestrafungen steht eine Löschung des Programms im Zusammenspiel mit den Tech-Konzernen Google und Apple im Raum, ebenso das sogenannte Geoblocking, die Sperrung Telegrams auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Staaten wie Nordkorea, China und Usbekistan praktizieren solche Maßnahmen bereits. (hes)

PRESSE IM VISIER DES GEHEIMDIENSTES

Berlin/DW. Das Magazin *Compact* des Herausgebers Jürgen Elsässer wird nun laut Meldung der *tagesschau* vom 10. Dezember 2021 vom deutschen Inlandsgeheimdienst als »gesichert extremistisch« bewertet. Belege für diese Einordnung lieferte der Inlandsgeheimdienst nicht. Bislang wurde dieses Presseorgan als sogenannter Verdachtsfall gelistet, ebenso wie die Tageszeitung *Junge Welt*. Die beiden Druckerzeugnisse sind bislang die einzigen, die als Redaktionen schreibender Journalisten wie tötende Organisationen behandelt werden. Experten für Medienrecht sehen, dass auf die Einordnung des *Compact* Magazins als »gesichert extremistisch« ein Verbot folgen könnte, wenn dieses noch erfolgreicher mit seiner Berichterstattung werden sollte. (hes)

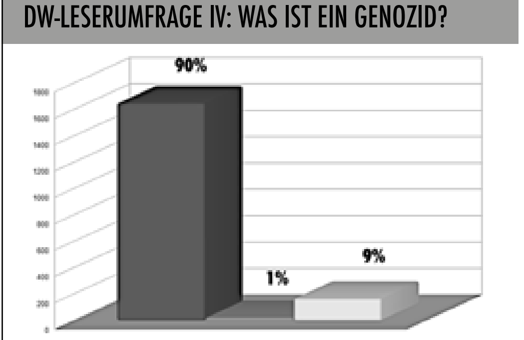
IHR, DIE IHR EINTRETET, LASST ALLE HOFFNUNG FAHREN

Karlsruhe/DW. Laut Meldung des *Spiegel* gilt im Bundesverfassungsgericht neuerdings die Regel 2G plus plus. Demnach muss bei Betreten des Hauses sowohl ein Impf- oder Genesenen-Nachweis vorgelegt werden als auch ein negativer PCR-Test. Damit überbietet das ehemals oberste deutsche Gericht alle sonst üblichen Zugangsbeschränkungen. Beim sogenannten 2G plus wird sonst ein negativer Antigen-Schnelltest verlangt. Die eskalierende Zugangsbeschränkung soll laut *Spiegel* ein Signal nach außen sein. (hes)

NEUE LESERUMFRAGEN

DREI LESERUMFRAGEN auf t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

DW-LESERUMFRAGE IV: WAS IST EIN GENOZID?



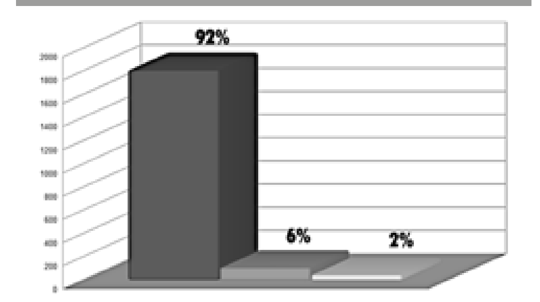
Wir fragten: »Beginnt ein Genozid mit dem ersten industriell getöteten Menschen oder mit dem sechsmillionsten?« Bis 13. Dezember erhielten wir 1.844 Stimmen. Die Antworten fielen wie folgt aus.

»Mit dem ersten.« 90 Prozent, 1.652 Stimmen

»Mit dem sechsmillionsten.« 1 Prozent, 24 Stimmen

»Keins von beidem. Ein Genozid beginnt irgendwo in der Mitte, z.B. ab 8.000 und zwischen 1,1 Millionen.« 9 Prozent, 168 Stimmen

DW-LESERUMFRAGE V: IST ES EIN GENOZID?



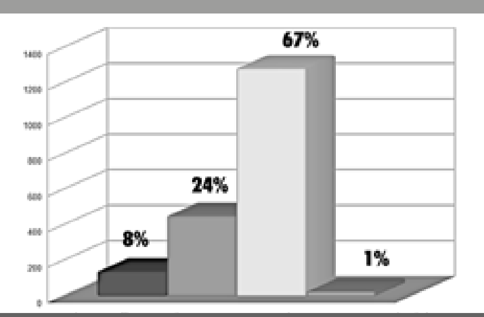
Wir wandten uns mit der Frage an die Leser: »Laut Statistischem Bundesamt hat es 2020 keine tödliche Seuche gegeben. 2021: Die Spritzen helfen kaum/nicht gegen Infekte. Laut EMA starben über 17.000 Menschen durch mRNA-Spritzen plus Dunkelziffer. Findet derzeit ein Genozid statt?« Bis 13. Dezember 2021 bekamen wir 1.966 Stimmen. Die Antworten fielen wie folgt aus.

»Ja, es ist ein Genozid, eine geplante oder inkaufgenommene industrielle Massentötung von Menschen.« 92 Prozent, 1.812 Stimmen

»Nein, es ist nur ein böser Unfall, ein Versehen, letztlich ein gigantischer Irrtum.« 6 Prozent, 108 Stimmen

»Ich finds prima, ich hatte eh Dichtestress. Russisch-Roulette sollte Pflicht für alle sein!« 2 Prozent, 46 Stimmen

DW-LESERUMFRAGE VI: GENOZID-BEGRIFF ZU HART?



Wir fragten: »Wenn Sie sich bei den Leserumfragen IV und V die Fragen und Zwischenergebnisse angeschaut haben: Ist Ihnen der Begriff Genozid für die Gegenwart des Corona-Spritzensystems trotzdem zu hart?« Wir erhielten bis 13. Dezember 2021 1.904 Stimmen. Die Antworten fielen wie folgt aus.

»Ja, der Begriff ist zu hart.« 8 Prozent, 141 Stimmen

»Ja, der Begriff fühlt sich falsch an, obwohl er faktisch womöglich zutrifft.« 24 Prozent, 454 Stimmen

»Nein, der Begriff ist korrekt, bildet die Wirklichkeit ab. Jeden Tag werden Menschen totgespritzt.« 67 Prozent, 1.284 Stimmen

»Mir egal, ich bin der Ansicht, dass das Narrativ von Regierungsleuten und Medienkonzernen stimmt.« 1 Prozent, 26 Stimmen

Der Corona-General

Die geplante Berufung des Generalmajors Carsten Breuer zum Chef des neu geschaffenen Corona-Krisenstabs bringt die Agenda der Impfdiktatur zusammen mit dem geplanten Krieg gegen Russland. | Von Hermann Ploppa

Die rot-grün-gelbe Bundesregierung unter »Mister Cum-Ex« Olaf Scholz beabsichtigt, den Generalmajor Carsten Breuer zum Chef eines neu zu schaffenden Corona-Krisenstabs im Bundeskanzleramt zu machen. Ungeheuerlicher Tabubruch: Ein aktiver General soll Chef einer zivilen Instanz werden. Die Militarisierung unserer Gesundheitspolitik vollzieht sich gleichermaßen schleichend wie effektvoll seit Ausrufung des Corona-Sonderzustands.

Zur Person: Generalmajor Carsten Breuer hat schon Auslandseinsätze im Kosovo und in Afghanistan kommandiert. Seit dem 10. Januar 2018 steht er dem »Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr« vor. Seine neue Domäne fungiert als Schnittstelle zwischen Militär und Zivilwelt. Über Breuers Schreibtisch werden Bundeswehreinsätze für Katastrophenhilfe im zivilen Bereich angeordnet. Die Medien zeigen immer wieder Corona-Kranke, die mit Hubschraubern in Intensivstationen geflogen werden. Ungefähr so wirtschaftlich, wie einen einzelnen Brühwürfel mit dem Sattelschlepper zu transportieren. Das ist reine Imagewerbung für das Militär.

Zu Breuers Aufgaben gehört auch der schön in Anglizismen versteckte *Host Nation Support*. Breuer ist also zuständig dafür, dass ausländische Truppen durch das Gastgeberland Deutschland geräuschlos und geschmeidig an die russische Grenze gebracht werden. Breuer ist als Kommandeur dafür verantwortlich, dass zivile Kapazitäten optimal für kriegerische Zwecke eingesetzt werden. Seit März des letzten Jahres ist Breuer zudem zuständig für die Unterstützung ziviler Kräfte im Kampf gegen das heimtückische Corona-Virus. Die Kameraden bei der Bundeswehr titulieren Breuer liebevoll als »Corona-General«. Seitdem haben wir uns daran gewöhnt, dass uniformierte Soldaten in Altersheimen aufkreuzen und dort neben Impfdosen den hochbetagten Mitmenschen auch übelste Reminiszenzen an den letzten Weltkrieg nahebringen – dass Khaki-Männer in Gesundheitsämtern herumgeistern. Khaki-Träger wurden auch schon in Kliniken gesichtet. Das Militär ist jetzt wieder allgegenwärtig.

GEHEIME KRIEGSVORBEREITUNGEN

Handelt es sich wirklich nur um Amtshilfe in schwerster Not? Oder wird die Sondersituation geschaffen, um Kriege anzubahnen? Jedenfalls hat Generalmajor Breuer im letzten Jahr beim NATO-Manöver »Defender 2020« und dem Nachbrenner »Defender 2021« hervorragende Arbeit geleistet. Die Truppen sind geräuschlos in das Baltikum und andere Länder an der russischen Grenze geschafft worden. Und nun haben sich die Teilnehmer beim jüngsten NATO-Gipfel im baltischen Riga darüber ereifert, dass das russische Militär sich erdreistet, auf dem Boden Russlands ein Manöver abzuhalten.

Zur gleichen Zeit stehen die NATO-Truppen bis an die Zähne gerüstet zirka hundert Kilometer vor Sankt Petersburg. Der Ton der NATO gegen Russland wird mit jedem Tag aggressiver. Rüpelhafter. Während die Vasallen der USA gegen Russland mobilisieren, konzentrieren die USA ihre eigenen gigantischen Militärpotentiale für den großen Stoß gegen China. Da sind die extremen Einschränkungen des Zivillebens doch geradezu eine perfekte Steilvorlage für militärische Bewegungen. Ist es nicht der feuchte Traum jedes Generals, Truppen aufmarschieren zu lassen? Während die zivile Bevölkerung gelähmt und chaotisiert mit dem nackten Überleben beschäftigt ist?

Nun müssen sich alle Friedensbewegten endlich wieder zusammenraufen. Ob geimpft oder nicht geimpft. Mit Maske oder ohne Maske. Es gilt, die nackte Existenz vor dem Zugriff der irren Kriegstreiber zu schützen. Es gilt, die gesellschaftliche Spaltung zu beenden, die nicht zuletzt inszeniert wurde, um die Friedensbewegung auszulöschen. Wir müssen alle wieder zusammenkommen am Runden Tisch der Friedensbewegten. So schnell wie möglich.

Überall auf den Tannenspitzen sah ich kleine Nadeln blitzen

Weekly Wahnsinn – der satirische Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Dass Politiker meinungsflexibel sind, ist weitläufig bekannt. Doch dass sie innerhalb von kürzester Zeit ihre Aussagen ins Umgekehrte verdrehen, ist von neuer und besonders perfider Qualität. Diese Wendehals-Taktik konnten wir in den vergangenen Wochen zum Thema Impfpflicht bei allen regierungsgierigen Politikern beobachten.

Die größte Bescherung präsentiert uns das neue Umsetzer-Regime unter der Leitung von »Cum-Exler« Olaf Scholz, der Mann mit dem eingeschränkten Gedächtnis, bereits kurz vor Weihnachten: eine Impfpflicht für das medizinische Personal. Und wer jetzt noch glaubt, dass es dabei bleibt, der glaubt auch an den Weihnachtsmann. Hier für Sie ein heiterer, weihnachtlich angehauchter Wortbrecher-Rückblick auf die Ketzer der Nation.

AN DER SPITZE ZÄHLT DIE SPRITZE

Der neue Chef von Deutschland Olaf Scholz geht mit heuchlerischem Vorbild voran. Vor der Wahl verkündet er: »Also erstens bin ich gegen eine Impfpflicht«, um dann nur wenige Wochen später Ende November nach seiner Wahl zum Staatsoberhaupt im *Zeit*-Interview eine allgemeine Impfpflicht bis spätestens Anfang März einführen zu wollen. Ist Scholz etwa unser Joe Biden? Hat er schlimmere Gedächtnislücken, als wir uns vorstellen können? Ist das schon pathologisch? Doch im Ernst. Niemand, der nur am Rande das politische Agieren dieses Mannes verfolgt hat, kann davon ausgehen, dass es sich auch nur ansatzweise um einen echten Staatsmann handelt. Er bleibt maximal ein Knecht Ruprecht.

Christian Lindner, FDP-Mann und neuer Finanzminister im Kabinett der Vergesslichen, muss da natürlich nachziehen, um seinem neuen Boss zu gefallen. Der Jude Law der deutschen Politik ist zwar optisch ein Lichtblick zwischen all den Kauzen und Kobolden, doch sein schwacher Charakter reißt alles ein, was er äußerlich verspricht. Lindner hat wie kaum ein anderer seine Wähler und seine Partei gleichermaßen verraten, steht weit vorn, was Umkipper-Qualitäten in puncto Wahlversprechen angeht.

Am 6. September im *ZDF*-Talk, vor der Bundestagswahl, positioniert sich Lindner mit seiner Aussage, dass eine »Impfpflicht nicht verhältnismäßig« sei, klar für die Freiheit – und fischt im Becken der Regierungskritiker nach Stimmen. Kurz nach der Wahl, mit Aussicht auf einen lukrativen Minister-Posten sieht die Welt dann schon ganz anders aus. Laut *Handelsblatt* vom 17. November ist Lindner bereits offen für eine Impfpflicht in Pflegeheimen.

Knapp drei Wochen später bei *Bild live* lässt Lindner dann die Katze aus dem Sack: »Meine Richtung ist die einer Impfpflicht.« Und um dem noch einen draufzusetzen, verkündet er am selben Tag im *Handelsblatt* vom 2. Dezember, dass eine Corona-Impfpflicht verhältnismäßig sei. Aber sicherlich ist das alles nur auf die dramatische Corona-Lage im Land, die sich türmenden Leichen am Straßenrand zurückzuführen. Auf was denn sonst?

Auch Robert Habeck, Grünen-Chef und China-Fan, neuer Wirtschaftsminister und Klimaverantwortlicher, fordert nach der Entscheidung für eine Impfpflicht im Gesundheitswesen auf, mit den Vorbereitungen für eine allgemeine Impfpflicht zu beginnen. »Natürlich wäre eine Impfpflicht ein weitgehender Eingriff in die Freiheit des Einzelnen. Aber sie schützt eben Leben und letztlich auch die Freiheit der Gesellschaft«, so Habeck Ende November laut *dpa*. Was für ein Clown! Noch im *ZDF*-Sommerinterview hatte der Mann, der wirklich nur die Haare schön hat, betont, jeder habe »das Recht, sich nicht impfen zu lassen«. Eine Impfpflicht lehnte er damals ab, es gebe »bessere Möglichkeiten«, die »noch gar nicht ausgeschöpft« seien. Am Hebel der Macht zeigt er seinen wahren Charakter: totalitär und anti-demokratisch. Halleluja!

DRAUSSEN VON DER STRASSE KOMM ICH HER

Die Auswahl der aufgeführten Politiker ist nur die Spitze des Eisbergs. Von den Baerbocks und Lauterbachs dieser Nation ganz zu schweigen – sie sind einer Auflistung hier nicht würdig, zu offensichtlich ihr schlechtes Spiel. Und ja, verehrte Demokraten, wir sind betrogen und belogen worden. Nicht einmal, sondern Hunderte Male. Und daher steht das Volk auf, gemeinsam spaziert es seit Wochen in vielen kleinen und mittelgroßen Städten durch die Straßen.

Friedvoll und entschieden, um für die Werte einzustehen, die wir als Souverän verinnerlichten: für Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie. Und im Gegensatz zu den Regierenden halten wir unser Versprechen:

Wir werden siegen! O du fröhliche!



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Sie dürfen Polizeimaßnahmen filmen

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Im Zuge des Widerstands auf den Straßen in Form von Demonstrationen kam es seit März 2020 immer wieder zu folgender Situation: Polizeibeamte wurden von Versammlungsteilnehmern bei Maßnahmen auf oder am Rande von Demonstrationen gefilmt. Um diese unangenehmen Versammlungsteilnehmer sowie deren Beweismittel »unschädlich« zu machen, kamen die Beamten auf die Idee, den fleißigen Hobbyfilmern den Garaus zu machen, indem diesen eine Straftat gemäß § 201 StGB vorgeworfen wurde.

Dieser Unart und Zweckentfremdung des § 201 StGB hat jetzt das AG Stuttgart einen Riegel vorgeschoben. Der von mir vertretene Mandant hat auf einem belebten Gehweg am Rande einer Demonstration eine polizeiliche Maßnahme gefilmt. Das ist nach Ansicht des AG Stuttgart auch rechtens, weshalb der Mandant aus tatsächlichen, aber eben auch aus rechtlichen Gründen freigesprochen wurde. Hierbei bestätigt das Gericht die Rechtsprechung zahlreicher Landgerichte (zuletzt das LG Osnabrück am 24. September 2021), die beim Vorliegen einer sogenannten »faktischen Öffentlichkeit« keinen Verstoß gegen die »Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes« sehen.

Mit anderen Worten: Polizeimaßnahmen dürfen – auch mit Ton – immer gefilmt werden, wenn beliebige andere Personen von frei zugänglichen öffentlichen Flächen oder allgemein zugänglichen Gebäuden und Räumen die Diensthandlungen hätten beobachten und akustisch wie optisch wahrnehmen können. Ob tatsächlich andere Personen das wahrgenommen haben, ist dabei unerheblich.

Aber Vorsicht: Die Verbreitung von Filmaufnahmen – zum Beispiel *online* – kann eine Straftat nach dem Kunsturhebergesetz darstellen, wenn es sich nicht um Zeitgeschehen mit öffentlichem Interesse handelt. Ein solches wird auf Demonstrationen aber naturgemäß vorliegen.

In meinem Plädoyer richtete ich mich auch an die noch anwesenden Polizeibeamten mit der Bemerkung, dass staatliches – und damit auch polizeiliches – Handeln stets rechtmäßig und dahingehend überprüfbar sein muss, weshalb der Schutzzweck des § 201 StGB für derartige Fälle nicht eröffnet ist. Ich gab ihnen den Rat, in Zukunft Vorwürfe dieser Art zu unterlassen.

HAT DIE POLIZEI NOCH EINE ROTE LINIE?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Kürzlich wurde meine 79-jährige Mandantin Irmgard in Göppingen festgenommen, weil sie sich auf einem Spaziergang, den die Polizei als Demonstration wertete, mit einer Kerze am Nikolaustag nicht ausweisen konnte. Während Letzteres noch juristisch diskutiert werden kann, muss man die Frage stellen, ob man eine 79-Jährige beim Spazieren wirklich mit mehreren Männern umstellen und anschließend zur Wache bringen muss.

Hinzu kam, dass Irmgard mehrfach darauf hingewiesen hat, dass man sie nicht an ihren Handgelenken packen solle, da diese sehr schmerzempfindlich seien. Das Video ging um die Welt, wurde in diversen amerikanischen Kanälen geteilt und allein auf Twitter millionenfach geklickt. Ich habe diesbezüglich auch eine Presseanfrage aus Amerika erhalten. Das Vorgehen der deutschen Polizei wird also im Ausland genau beobachtet und bewertet.

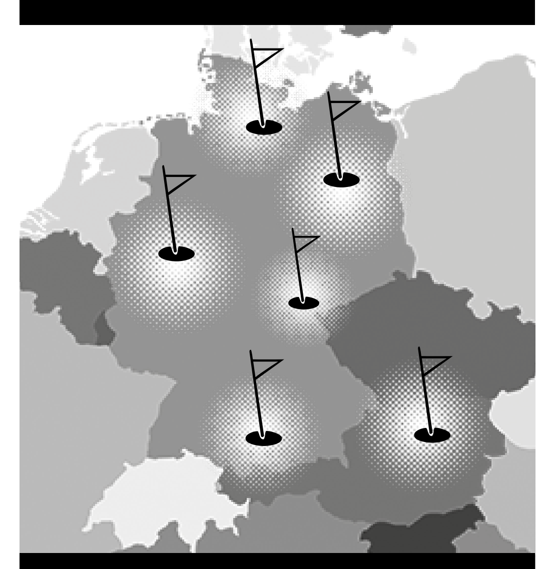
In Sachsen hat ein Einsatzleiter der Polizei kürzlich einem vermeintlich ungeimpften Versammlungsteilnehmer mehrfach die Menschlichkeit abgesprochen und ihn als Mörder bezeichnet, weil er durch sein Verhalten Menschen töten würde. Diese Äußerungen sind mehr als nur bedenklich. Ein Polizist, der solches Gedankengut hat, sollte nicht die Berechtigung haben, Schusswaffen zu tragen oder einen Polizeieinsatz zu leiten.

In Landau in der Pfalz wurde bei einem Montagsspaziergang am 13. Dezember ein Rentner auf besonders brutale Art und Weise festgenommen. Der Herr wollte sich zunächst nicht ausweisen und wurde dann von mehreren Polizisten umstellt. Einer der Beamten stellte sich dabei hinter ihn, packte ihn plötzlich ohne Vorwarnung und ohne jeglichen Grund am Hals und brachte ihn zu Boden. Anschließend stürzten sich mehrere Polizisten auf ihn. Das Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz rechtfertigte die Maßnahme wie folgt: »Um den 71-Jährigen nach Ausweispapieren durchsuchen zu können, musste er zu Boden gebracht werden.«

Es gilt bei diesem Vorfall zu bedenken, dass die Teilnahme an einem Spaziergang in der Regel nicht strafbewehrt ist. Ordnungswidrigkeiten sind maximal nach den Corona-Verordnungen denkbar, nicht nach dem Versammlungsrecht. Wir haben Strafanzeige gegen die beteiligten Polizisten gestellt, unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



In der Liste rechts lesen Sie die Anmeldungen der Demonstrationen der größten europäischen Demokratiebewegung.

Magdeburg steht auch auf

Deutsche Demokraten fluten überall in Deutschland die Straßen. | Von Nadine Strotmann



Die Magdeburger lassen sich von der massiven Polizeipräsenz nicht einschüchtern.
Foto: videostill/Mitteldeutschland TV

Am vergangenen Montag haben in der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts rund 5.000 Menschen trotz massivem Polizeiaufgebot gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung demonstriert.

Bilder und Videos im Netz dokumentieren friedliche Menschen, die mit Protest-Spaziergängen ihren Unmut nach außen tragen. Jedes Alter, jeder Bildungsgrad findet sich unter den Freiheitsliebenden. Insbesondere Menschen, die im Osten aufgewachsen sind und selbst oder über Erzählungen der Eltern oder Großeltern wissen, wie eingeschränkt das Leben in der DDR war, sind unter den Demonstranten.

Sie sind nicht mehr bereit, die Unterdrückung durch die Regierung weiterhin schweigend mitzutragen, und fühlen sich zurückversetzt in ein System, das die Freiheit und Bürgerrechte schon einmal mit Füßen trat. Insbesondere die Spaltung der Politik und Medien in »Geimpfte« und »Ungeimpfte« bereitet den Menschen zunehmend Sorgen.

Es ist nun an der Zeit, dass sich Menschen in allen Städten und Gemeinden zusammenschließen und jede Woche konsequent auf die Straße gehen, bis die Corona-Schreckensherrschaft beendet und die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland wiederhergestellt ist.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de

Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

18.12.2021 14-17 Uhr	Ansbach, Hofwiese	Umzug, Ansbach steht auf
18.12.2021 14-18 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung, »Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit«
18.12.2021 12-16 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	Demo für ein friedliches und freies Miteinander
18.12.2021 13-17:30 Uhr	Berlin, Parkplatz Alt-Friedrichsfelde 79	Autokorso für Grundrechte
18.12.2021 15-18 Uhr	Bochum, Vorplatz des Schauspielhauses	Umzug und Demo gegen den Impffaschismus und in die Pandemie der Lügen
18.12.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
18.12.2021 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Aufzug – Impfpflicht? Nein Danke!
18.12.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
18.12.2021, 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
18.12.2021 (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit, Vernunft un das Ende aller Corona-Maßnahmen
18.12.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
18.12.2021 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
18.12.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden Sa)	Hamburg, Vor der Kunsthalle, Ernst-Merck-Straße	Aufzug – Hände weg von unseren Kindern
18.12.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
18.12.2021 14-16 Uhr	Haßfurt/Unterfranken, Marktplatz	Versammlung gegen die Spaltung
18.12.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
18.12.2021 15-18:30 Uhr	Köln, Neptunplatz	Demonstration gegen die Impfpflicht und sonst nichts
18.12.2021 14-18 Uhr	Marburg, Bahnhofsvorplatz	Demo für eine freie Impfentscheidung und gesellschaftlichen Zusammenhalt
18.12.20221 13.30-17 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese/ Matthias-Pschorr-Straße	Autokorso gegen die Apartheid
18.12.2021 13-18 Uhr	München, Wittelsbacher Platz	Kundgebung – Weihnachten mit Freunden
18.12.2021 14:30 Uhr-17 Uhr	Paderborn, Franz-Stock-Platz	Demo – Widerstand, Jetzt!
18.12.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz, Am Sportplatz/Bernauer Straße	Schilderaktion »Freiheitsallee«
18.12.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	Reichelsheim (Odenwald), B38 Ortseingang Aldi	Zusammenkunft für Grundrechte, Freiheit und Selbstbestimmung
18.12.20211 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
18.12.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Frankfurt, Opernplatz	Schweigemarsch für unsere Menschenrechte
19.12.2021 14-17:30 Uhr	Heidelberg, Universitätsplatz	Demonstration für Freiheit
19.12.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Kirche am Neumarkt, Mittelstraße/Apostelnkloster	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
19.12.2021 12-14:30 Uhr (jeden So)	Königsbrunn, Wittelsbacher Park	Speaker's Corner
19.12.2021 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
19.12.2021 14-17 Uhr	Nürnberg, 12:30 Uhr Volksfestplatz, Route: Richtung Südstadt!	Aufzug durch Nürnberg #BAYERNLEISTETWIDERSTAND, @nuernberg2021, Parken: Große Straße, Volksfestplatz
19.12.2021 15-16 Uhr	Schramberg, Fußgängerzone	Adventsspaziergang
20.12.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
20.12.2021 18-20 Uhr (2., 3. und 4. Mo im Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
20.12.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Bad Salzungen, Nappenplatz	Spaziergang gegen Spaltung, Diskriminierung und Impfzwang
20.12.2021 18-20:30 Uhr (jeden Mo)	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang gegen die Corona-Auflagen und für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
20.12.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung gegen die Zwangsimpfung
20.12.2021 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer	Mahnwache vor dem RKI
20.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
20.12.2021 18:29-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Karlhorst, Teskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Kiezspaziergang für Frieden und Freiheit
20.12.2021 18:32-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Pariser Platz	Montagsdemonstration gegen 2G und Impfpflicht
20.12.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang mit dem Grundgesetz
20.12.2021 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Brackenheim (Ba-Wü), Röhrbrunnen	Aufzug mit Abschlusskundgebung und offenem Mirko am Festplatz
20.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
20.12.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden, Altmarkt	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
20.12.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Dülmen, Löwendenkmal neben dem Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
20.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
20.12.2021 18-20 Uhr (Mo, nicht am 27.12.2021)	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang mit Grundgesetz gegen das Corona-Regime
20.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang für Grundrechte
20.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Greifswald, Mühlentor	Demo für Normalität statt Ausnahmezustand, Nein zur Impfapartheid und für eine offene Gesellschaft
20.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
20.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
20.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Montagsspaziergang
20.12.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
20.12.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Magdeburg, Domplatz	Montagsdemonstration für das Grundgesetz
20.12.2021 19-20 Uhr	Minden, Rathaus	Kerzen für freie Impfentscheidung
20.12.2021 12-13:30 Uhr (immer Mo, Mi, Fr)	München, Landeskommando Bayern, Ingolstädter Str. 240	Kundgebung, Kein Impfzwang, Solidarität mit Soldaten
20.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Münster/Westfalen, Domplatz	Kerzenspaziergang für eine freie Impfentscheidung
20.12.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
20.12.2021 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Kornmarkt	Nürnberg bewegt sich
20.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
20.12.21 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte
20.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Porta Westfalica, Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Grundgesetz
20.12.2021 17-10 Uhr (ab 3.01.22 wöchentlich)	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Montagsdemo für Frieden, Freiheit und Freundschaft
20.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
20.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
20.12.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
20.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
20.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Solingen, Rathaus	Spaziergang gegen den Corona-Faschismus
20.12.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo für das Grundgesetz
20.12.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
21.12.2021 16:30-18:00 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
21.12.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Marktplatz	Kundgebung und Demo gegen die Corona-Maßnahmen
21.12.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions, Suwonallee 1	Autokorso für Grundrechte
21.12.2021 12-13:30 Uhr (jeden Di und Do)	München, Sanitätsakademie der Bundeswehr, Neuherbergstr. 11	Kundgebung – Kein Impfzwang, Solidarität mit Soldaten
21.12.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Offenes Mikrophon – Wieder miteinander sprechen
22.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Hagen, Eipler Denkmal, Eilper Straße 41	Bürgertreff und Spaziergang
22.12.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
22.12.2021 12-13:30 Uhr (immer Mo, Mi, Fr)	München, Landeskommando Bayern, Ingolstädter Str. 240	Kundgebung, Kein Impfzwang, Solidarität mit Soldaten
22.12.2021 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Wittelsbacher Platz	Mittwochsumzug mit Grundgesetz
22.12.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
22.12.2021 18:30-21 Uhr (jeden Mi)	Papenburg, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
22.12.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
23.12.2021 16:30-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Tempelhofer Damm (Mittelstreifen), nähe U/S Tempelhof	Schilderdemo für das Grundgesetz und gegen den Impfzwang
23.12.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Wilmersdorfer Straße/ Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
23.12.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Corona-Maßnahmen und Impfpflicht
23.12.2021 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
23.12.2021 12-13:30 Uhr (jeden Di und Do)	München, Sanitätsakademie der Bundeswehr, Neuherbergstr. 11	Kundgebung – Kein Impfzwang, Solidarität mit Soldaten
23.12.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
24.12.2021 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
24.12.2021 15-16 Uhr (jeden Fr)	Erfurt, zwischen MDR und Bundesgartenschau	Schilderprotest, »Hände weg von unseren Kindern«
24.12.2021 17-18 Uhr (jeden Fr)	Dresden, Hofkirche	Spaziergang für eine freie Impfentscheidung
24.12.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Nürnberg, Hallplatz	Kundgebung für Realismus und Zuversicht gegen Zahlensalat und Schwarzmalerei
25.12.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
25.12.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
25.12.2021, 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
25.12.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Frankfurt, Opernplatz	Schweigemarsch für unsere Menschenrechte
25.12.2021 (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit, Vernunft un das Ende aller Corona-Maßnahmen
25.12.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
25.12.2021 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
25.12.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
25.12.2021 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo – Grundrechte sind nicht verhandelbar
25.12.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
25.12.20221 13.30-17 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese/ Matthias-Pschorr-Straße	Autokorso gegen die Apartheid
25.12.2021 14:30 Uhr-17 Uhr	Paderborn, Franz-Stock-Platz	Demo – Widerstand, Jetzt!
25.12.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz, Am Sportplatz/Bernauer Straße	Schilderaktion »Freiheitsallee«
25.12.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	Reichelsheim (Odenwald), B38 Ortseingang Aldi	Zusammenkunft für Grundrechte, Freiheit und Selbstbestimmung
25.12.20211 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
26.12.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Kirche am Neumarkt, Mittelstraße/Apostelnkloster	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
26.12.2021 12-14:30 Uhr (jeden So)	Königsbrunn, Wittelsbacher Park	Speaker's Corner
26.12.2021 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
27.12.2021 18-20 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung, Gemeinsam für die Grundrechte
29.12.2021 15-18 Uhr (immer letzter Sa im Monat)	Bochum, Vorplatz des Schauspielhauses	Umzug und Demo gegen den Impffaschismus und in die Pandemie der Lügen

Schicken Sie jetzt Ihre Versammlungstermine an
Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

DEUTSCHLAND IN AUFRUHR!



DEZEMBER 2021. AUCH IN OSNABRÜCK HABEN DIE MENSCHEN DEN EWIGEN MAẞNAHMENSTAAT SATT. HIER ZWEI DEMOKRATEN MIT KLAREN FORDERUNGEN. FOTO: MONIKA RAMA



14. DEZEMBER 2021. EIN FRIEDLICHER SPAZIERGANG DURCH DÜLMEN/NRW. FOTO: T.ME/IGNAZBEARTH



13. DEZEMBER 2021. LEIDER GIBT ES AUCH UNSCHÖNE BILDER ZU SEHEN IN DER VERGANGENEN WOCHE. ROHE POLIZEIGEWALT GEGEN FRIEDLICHE DEMONSTRANTEN IM THÜRINGISCHEN GREIZ. FOTO: T.ME/WASDIEMEDIENNICHTZEIGEN



14. DEZEMBER 2021. FREIBERG: TROTZ DER ANGEKARRTEN HUNDERTSCHAFTEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN ZIEHEN DIE SACHSEN IN FRIEDLICHEN SPAZIERGÄNGEN DURCH IHRE STADT. FOTO: T.ME/FREIESACHSEN



15. DEZEMBER 2021. DIE SEIT LANGEM GRÖẞTE DEMONSTRATION IN MÜNCHEN. TAUSENDE FRIEDLICHE DEMONSTRANTEN VERSAMMELN SICH IN DER LUDWIGSTRAẞE NAHE DEM GESCHICHTSTRÄCHTIGEN GESCHWISTER-SCHOLL-PLATZ. FOTO: DW



14. DEZEMBER 2021. IM AKTIVEN BRANDENBURG BLEIBEN DIE MENSCHEN WEITER AM BALL. HIER ZU SEHEN EIN ABENDLICHER HYGIENE-SPAZIERGANG DURCH FINSTERWALDE. FOTO: T.ME/IGNAZBEARTH



DEZEMBER 2021. RHEINLAND-PFALZ: DIE BUNTEN GASSEN DER NEUSTADT AN DER WEINSTRAẞE WERDEN ZU ORTEN GEMÜTLICHER FREIHEITSSPAZIERGÄNGE. FOTO: T.ME/IGNAZBEARTH



DIE WÜRDE DES MENSCHEN …

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Dr. Günther Riedl

Jeder kennt die Fortsetzung in Artikel 1 GG: » … ist unantastbar.« So geht's weiter: »Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Dafür gilt die Ewigkeitsklausel, denn eine Änderung der Grundsätze von Art. 1 sowie 20 ist unzulässig (GG Art. 79 III).

Zur Würde gehört das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Staatlicherseits ist aber eine Einschränkung möglich »auf Grund eines Gesetzes« (GG Art. 2.2). So werden – ansonsten verbotene – Menschenversuche und Körperverletzung legitimiert, dazu dient das Infektionsschutzgesetz. Es soll die Bürger vor gemeingefährlichen und übertragbaren Krankheiten bewahren, und sei es durch einen Impfzwang, wenn sonst nichts zur »Einsicht« bringt. Längst ist klar, dass dieses Gesetz, dessen Krakenarme alle Grundrechte erdrosseln, nicht *vor* Infektion, sondern *die* Infektion schützt – Infektionsschutz ganz wörtlich.

Und die Geister, die sie riefen, werden wir nicht wieder los. Ursache und Wirkung der Infektionsmanipulation sind nicht mehr zu trennen: Durch die medizinische Sünde, in eine Infektwelle hineinzuimpfen, geriet das Virus unter Druck und mutierte schneller. Die »ansteckenderen« Varianten dienten als Vorwand, noch mehr zu impfen. Wenn etwas nicht hilft, dann hilft mehr davon todsicher … Die »Geimpften«, hilflos gegen Varianten, werden krank und stecken auch Ungeimpfte an. Diese sind dann schuld, wenn die Beschränkungen nicht beendet werden können.

Es ist ein unwürdiges Konglomerat an Verlogenheit. Die Versager haben mal wieder einen Sündenbock gefunden. Und die Würde der Minderheit bedeutet nichts, wenn es um das behauptete Wohl der Allgemeinheit geht.

Welche Bedeutung hat hierbei das Gewissen? Luther sagte auf dem Reichstag zu Worms unter Lebensgefahr: »Es ist nicht geraten, etwas gegen das Gewissen zu tun.« Im Neuen Testament heißt Gewissen wörtlich »Mitwissen«. Da fragt man sich: mit wem?

Mit Gott, dem wir gehören, weil er uns geschaffen hat. Er lässt uns mitwissen, dass er unsere Gene nicht zur Manipulation freigegeben hat. Er bestätigt unsere unantastbare Würde gegen den usurpatorischen Anspruch des Staates. Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.



POLIZEI WARNT: IMMER MEHR FAKE-NEWS

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Am 6. Dezember 2021 konnte man beim *ORF* lesen: »Polizei warnt: Falschmeldungen, sogenannte Fake-News, werden in der Cov-Pandemie immer mehr zu einem echten Problem.« In einer Sprachnachricht sei behauptet worden, dass ein Polizist an einer Booster-Impfung verstorben sei. Laut Polizei bekam der Mann diesen Booster aber nie.

Der *ORF* zitiert einen Medienforscher: »Also ich glaube, dass es sich da wirklich um eine ganz bedenkliche Entwicklung handelt, und das kann natürlich die ganze Gesellschaft in eine völlig falsche Richtung bringen. Deswegen finde ich es gut, wenn die Polizei da aufmerksam macht.« Diese Haltung wird seitens der »Polizisten für Aufklärung« geteilt. Es stellt sich die Frage: Sollte es nicht eigene Einheiten geben, die sich diesem Thema widmen? Es besteht großer Handlungsbedarf, wie die zwei folgenden Beispiele zeigen.

So erfuhr man am 14. März 2020 beim Bundesministerium für Gesundheit, dass es nicht stimme, dass die Bundesregierung bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens ankündigen werde. Das war, wie man heute weiß, definitiv Fake-News. Der erste *Lockdown* trat am 22. März 2020 in Kraft. Daher die Bitte an die Polizei, dafür zu sorgen, dass die Verantwortlichen für diese Fake-News identifiziert werden.

Ähnliche Falschmeldungen findet man auch beim *ZDF*. Die Befürchtung des »prominenten Verschwörungstheoretikers Ken Jebsen«, dass es eine Impfpflicht durch die Hintertür geben werde und man ohne Immunitätsausweis nicht an Veranstaltungen teilnehmen könne, wurde als Kampagne aus den sozialen Medien bezeichnet. Im Dezember 2021 ist die Impfpflicht im Gesundheitswesen nicht nur geplant, sondern Gesetz, in Österreich soll diese ab 1. Februar 2022 für alle gelten. Es wäre von großer Bedeutung, wenn seitens der Polizei festgestellt werden würde, wer im Mai 2020 für diese Fake-News beim *ZDF* verantwortlich zeichnete.

In einem Rechtsstaat werden Menschen bei Fehlverhalten gleichermaßen zur Rechenschaft gezogen – eigentlich eine Selbstverständlichkeit, oder?

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

»Nur noch irgendwie funktionieren«

oder »Im Lehrerzimmer herrscht ohrenbetäubendes Schweigen« | Von Hannes Henkelmann

Heute treffe ich mich mit Leyla. Sie ist Lehrerin in Nordrhein-Westfalen. Wir sprechen über Testwahn, Todesangst und einen billigen Verkaufstrick.

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor.
Mein Name ist Leyla. Ich bin 46 Jahre alt und Lehrerin an einem Gymnasium. Ich habe mich Anfang dieses Jahres, trotz großer Bedenken, einmal mit Biontech impfen lassen. Das war ein großer Fehler, denn ich hatte monatelang schwere Nebenwirkungen.

Wie kam es zu dem Sinneswandel?
Ich wollte diese Spritze gar nicht und wiegte mich lange Zeit in Sicherheit, weil es hieß, dass es nicht genügend Impfstoff für alle Bürger gebe. Dann aber kam das Impfangebot. Schon im März 2021. Viel schneller als gedacht. Die meisten Kollegen stürzten sich dann auch darauf, als ob es kein Morgen gäbe. Nur ich nicht. Meine Zurückhaltung wurde natürlich registriert, und die Kollegen übten dann einen enormen Druck auf mich aus. Täglich kamen die Fragen: »Wann hast du deinen Termin? Wann lässt du dich impfen?« Nach meinen Vorbehalten erkundigte sich niemand. Irgendwann gab ich diesem Druck nach. Mir war klar gewesen, dass die Impfung mir nicht helfen würde, aber ich hätte niemals geglaubt, dass sie mir so schadet.

Welche Nebenwirkungen hatten Sie?
Das Bulletin ist lang. Zuerst nur starke, grippeähnliche Symptome, dann über Monate so starke Kopfschmerzen, dass ich teilweise verschwommen sah und zeitweise nicht mehr sprechen konnte. Zudem war ich sehr erschöpft und müde, ich versuchte nur noch irgendwie zu funktionieren. Dann hatte ich eine Zeit lang Zahnfleischentzündungen, und später kamen auch Herzrhythmusstörungen dazu. Sie dauerten eine Woche und machten mir Todesangst. Angesichts dieser Nebenwirkungen bin ich mir sicher, dass die zweite Impfung meinen sicheren Tod bedeuten würde. Deshalb kommt sie für mich nicht in Frage. Zum Glück konnte ich einen Teil des Impfstoffes ausleiten, aber dennoch habe ich große Angst, dass meine Nebenwirkungen wieder auftauchen.



Der schwere Gang ins Lehrerzimmer *Foto: Hannes Henkelmann*

Kennen Sie aus Ihrem näheren Umfeld andere Personen mit ähnlichen Beschwerden?
Ja, ich beobachte in meinem Umfeld zahlreiche, mannigfaltige Nebenwirkungen. Von Kopfschmerzen und Rückenschmerzen über Herzinfarkte bis hin zu schweren Grippeverläufen, sogenannten Impfdurchbrüchen. Für mich ist der Umstand faszinierend, dass die Betroffenen die Beschwerden partout nicht mit der Injektion in Zusammenhang bringen wollen. Sie weigern sich, eine Impfnebenwirkung überhaupt in Betracht zu ziehen.

Ist das denn ein Thema im Lehrerzimmer?
Im Lehrerzimmer erlebe ich, dass hinsichtlich Maßnahmen-Kritik und Kritik an den neuartigen Impfstoffen ein ohrenbetäubendes Schweigen herrscht. Die Kollegen scheinen voll auf Linie zu sein und der Regierung blind zu vertrauen. Als im Frühjahr die Nachricht kam, dass Lehrkräfte priorisiert geimpft werden könnten, brachen viele in Jubel aus. Aus meiner Sicht war das ein billiger Verkaufstrick. Mit der angeblichen Knappheit wurde lediglich ein Bedürfnis bei der verängstigten Bevölkerung geschaffen.

Kommen wir jetzt auf Ihre Schüler zu sprechen. Wie kommen sie mit den Maßnahmen klar?
Die Situation der Kinder und Jugendlichen geht mir sehr nahe. Sie sind gezwungen, ihre Masken, abgesehen von zwei Pausen, teilweise sechs bis acht Stunden zu tragen. Viele Schüler beschweren sich über Kopfschmerzen, Schwindel und starke Luftnot. Symptome, die ich eindeutig mit dem Maskentragen in Verbindung bringe. Die mindestens dreimal wöchentlich stattfindenden Testungen nehmen den Schülern wertvolle Unterrichtszeit und zwingen die Lehrkräfte in eine Art Mediziner-Rolle, für die wir nicht im Geringsten ausgebildet sind.

Neben Masken- und Testwahn werden die Kinder jetzt in Richtung Impfung gedrängt. Kennen die Schüler Ihre kritische Einschätzung?
Die Impfungen der Jugendlichen sind längst angelaufen, und ich stelle mit Entsetzen fest, dass ich die einzige Lehrkraft zu sein scheine, mit der die Schüler über die Risiken der Impfung sprechen können. Wenn ich gefragt werde, mache ich absolut kein Geheimnis aus meinen schweren Nebenwirkungen. Leider werden wir als Lehrkräfte vom Kultusministerium mittlerweile sogar dazu angehalten, den Schülern die Impfung nahezulegen, damit die vermeintliche Pandemie schneller eingedämmt werden kann. Unfassbar. Ich habe gelesen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind oder ein Jugendlicher an diesem Virus verstirbt, bei 1 zu 2,5 Millionen liegt. Aber die Wahrscheinlichkeit, das es nach der Impfung an einer Herzmuskelentzündung zu erkranken, liegt bei 1 zu 6.000. Und dann erwartet man von mir, dass ich Kindern und Jugendlichen die Impfung empfehle? Auf keinen Fall. Das kann, will und werde ich nicht tun.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

WAS KOMMT NOCH?

Der Wahnsinn geht in die nächste Runde – Delta war gestern, jetzt ist Omikron im Anmarsch! Und jetzt »darf« ich mich jeden Tag testen lassen, damit ich zur Arbeit komme (Bahn) und die Dienststelle betreten kann. Was kommt noch? Die Zeitung gibt mir Kraft, auf meinem Weg zu bleiben! Hoffnungsvolle und liebe Grüße aus Hameln von Bettina G.

AUF SPRACHLICHEN ABWEGEN?

Wir gehören zu Euren frühesten Weggefährten und ersten Abonnenten und unterstützen Euch auch weiterhin. Unseres Erachtens waren die Ausgaben 64 und 65 richtig gut! Mit Sorge nehmen wir wahr, wie sich Eure Ansprache in eine Richtung entwickelt, die nur noch in unserer Blase verstanden und akzeptiert wird, Euch ins Aus zu schießen droht, weil sie »draußen« nicht mehr vermittelbar ist. Aber darum geht es doch, oder? Dass wir die Zeitung auf der Straße oder an bisher nur halb überzeugte Bekannte guten Gewissens verteilen können, in der unsterblichen Hoffnung, Menschen für den Widerstand zu gewinnen.
– Julia W. und Grischa L., Berlin

GEMEINSAM STREITEN

Das einzige Sinnen und Trachten des heutigen Regimes ist die völlige Auflösung Deutschlands und die wirtschaftliche und moralische Zerstörung unseres Volkes. Ich hoffe nur, die Publikation und die ehrlichen heutigen Streiter erkennen dies noch rechtzeitig. Nur gemeinsam, ohne Lug und Trug ist noch ein Sieg möglich.
– Ihr noch treuer Leser und nat. Streiter

TOTALE ÜBERWACHUNG

Wir sind auf dem Weg zum totalen Überwachungsstaat mit digitalem Impfpass – kommt bald der Gesichtsscanner, damit geprüft wird, ob nur Geimpfte im Bus sitzen? Gibt's schon in China und Moskau. Weiterhin viel Erfolg – der Staat ist verrückt geworden. Aber bitte weniger Revolutionsterminologie. Das wird nur negativ ausgelegt. Viele Grüße
– Kerstin K., Essen

P.S.

Macht weiter so!

P.S. Lasse mich in keinem Fall impfen – alles Betrug an der Menschheit. MfG
– Andreas S., Berlin

SCHLIMMER ALS IN RUMÄNIEN

Ich bin entsetzt, was hier abläuft und wie sich alles zur extremen Diktatur entwickelt mit Impfzwang sowie Einschüchterungen. Erst kürzlich sagte mir ein Ehepaar, dass es viel schlimmer sei als in Rumänien. Es darf nicht so weitergehen mit der Impfapartheid. Viele liebe Grüße aus Crailsheim vom Klaus

EMPFEHLUNG

Eine fantastische Zeitung!! Ich empfehle sie immer weiter! Wir müssen das Corona-Regime brechen. Es geht ums Ganze, um unsere FREIHEIT u. Leben!!!
– Manfred. F., München

KRITISCH UND UNVERZICHTBAR

Aufgrund des erneuten Corona-Lockdowns mit verschärfter 2G-Regel, aufgrund derer ich als Nichtgeimpfter vielfach ausgegrenzt werde, sehe ich Ihre Zeitung dagegen als kritische, unverzichtbare Information und möchte diese nicht missen!
– Hans-Joachim A., Potsdam

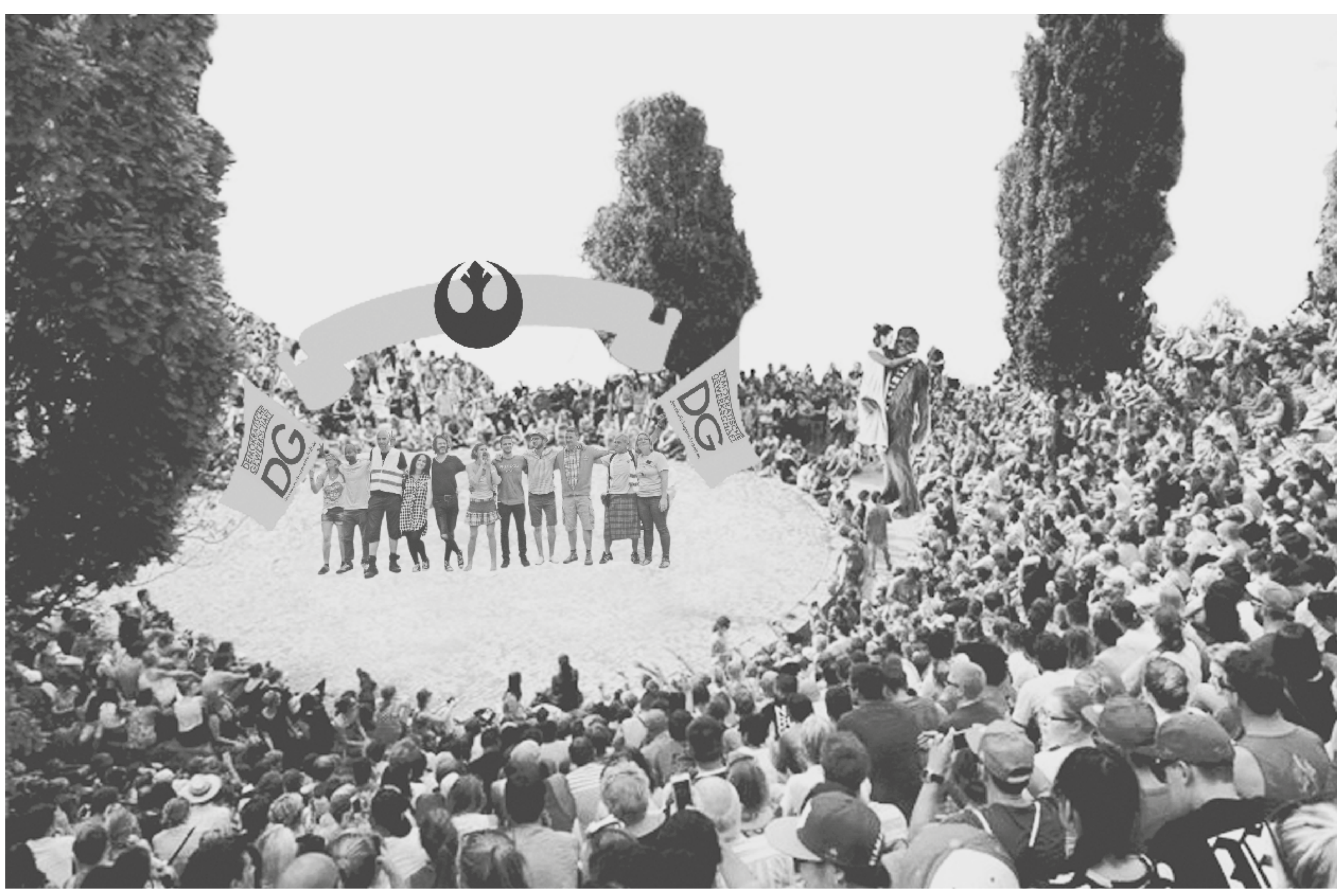
AUF DEM SCHIRM

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

Fortsetzung vom Titeltext | **»ARBEITSKÄMPFE IN ZEITEN VON CORONA«** | Von Hermann Ploppa und Anselm Lenz

Auch bei der Krankenhausauslastung werde getrickst: »Das stimmt so alles auf gar keinen Fall, wie das dargestellt wird«, führt Daria gegenüber DW dazu aus. Seitdem »geimpft« werde, könne man die Sache nicht mehr mit viel Humor betrachten. »Die Jüngeren von uns machen es nicht«, sagt Daria auf die Frage, ob sie sich impfen lassen wolle. Negative Konsequenzen habe das aber bislang für sie nicht. »Die wissen, dass sonst viele von uns gehen. Dann können die komplett einpacken.«

Daria wünscht sich eine seriöse gewerkschaftliche Vertretung für ihre Interessen. Ob neue Gewerkschaften wie die DG (demokratischegewerkschaft.de) eine Chance haben, wisse sie nicht. Aus dem DGB sei sie nur deshalb noch nicht ausgetreten, weil sie weitere Nachteile fürchte. Bei den anstehenden Betriebsratswahlen in ganz Deutschland wollen sich viele als freie Kandidaten aufstellen lassen. »Wenn die DG dabei unterstützt, hat sie eine Chance.« Zur neuen Initiative impf-streik.de will sie sich nicht äußern, aber bei einem ersten Blick könne sie »den Ansatz auf jeden Fall verstehen«.



Am 2. August 2020 wurde im Berliner Mauerpark die Demokratische Gewerkschaft (DG) gegründet. *Collage: Jill Sandjaja*

ARBEITERWIDERSTAND IN ITALIEN

In Italien besetzten Arbeiter und Krankenschwestern die Gewerkschaftszentrale der CGIL, vergleichbar mit dem deutschen DGB. Die regierungs- und konzernnahen Gewerkschaftskonzerne lassen die Arbeiter und Angestellten völlig im Regen stehen. Der bekannte italienische Linksintellektuelle Professor Luciano Canfora sprach von einem »Attentat auf den Rechtsstaat« durch die Corona-Verschwörer von Regierungsmitgliedern und Konzernen. »Der Impfkrieg ist eines der schlimmsten Kapitel des kapitalistischen Profits«, ein »Zwangsversuch ist im Gange«, so Canfora.

Universitätsprofessoren wie Professor Giorgio Agamben – der auch Co-Herausgeber der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand ist – setzen sich für Studenten und Angestellte ein. Gegenüber DW kommentierte Professor Agamben das Programm des Wirtschaftslobbyisten Klaus Schwab vom Davoser Wirtschafts- und Rüstungsindustriellentreff »Weltwirtschaftsforum« mit dem Titel »The Great Reset« (das große Zurückstellen). Diese Agenda »braucht ihre Toten«, wie jede große Umwälzung, so Agamben. Die mRNA-Spritzen schädigen nachweislich das Immunsystem des Menschen (siehe DW 72).

WIRKLICHKEIT DER ARBEIT

Isoliert und gleichzeitig in Anspruch genommen von der häuslichen Stress-Situation, ist ein solidarisches Handeln von Kollegen in weite Ferne gerückt. Doch auch da, wo die Mitarbeiter weiterhin in den Betrieben zusammenarbeiten, sind Masken, Distanzregeln und gegenseitiges Misstrauen – der andere könnte ja eine wandelnde Bio-Bombe sein – einer gedeihlichen Kooperation nicht gerade dienlich.

Auch die Löhne sind arg gerupft in Zeiten von Corona. Die Aushandlung von Lohnerhöhungen haben die Kollegen mehr als früher lieber den Gewerkschaftsfunktionären überlassen. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass der Reallohn auch in anderen Branchen als der Gesundheit nach offiziellen Quellen gesunken ist. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung stellt für die letzten zwölf Monate zwar eine Erhöhung der Tariflöhne um 1,7 Prozent fest. Dem steht aber auch nach dieser regierungsnahen Berechnung eine Steigerung der Verbraucherpreise um 3,1 Prozent gegenüber, was dann unter dem Strich einen Schwund des Reallohns in Höhe von 1,4 Prozent ausmacht.

Während die Gewerkschaftsökonomen diese Aufrechnung gemacht haben, ist die Inflation auf lange nicht mehr gekannte sechs Prozent angestiegen. Verantwortlich dafür sind zum einen die hemmungslose Aufblähung der Geldmenge und zum anderen die Corona-bedingte Unterbrechung der weltweiten Lieferketten (siehe DW 72). In vielen Bereichen gab es im Jahre 2021 überhaupt keine Lohnerhöhung, sondern nur sogenannte Corona-Prämien, was die Unternehmer natürlich wesentlich günstiger kommt als eine gesetzlich verbriefte Tariflohnerhöhung. Nun sind sogar tariflich abgesicherte Löhne seit der deutschen Wiedervereinigung im Schwinden begriffen. Im Jahre 2001 beispielsweise waren in Westdeutschland noch 71 Prozent aller Arbeitsplätze tariflich abgesichert. In Ostdeutschland waren schon damals nur noch 56 Prozent unter dem Tarifmantel. Im Corona-Jahr 2020 waren im Westen Deutschlands nur noch 53 Prozent aller Löhne Tariflöhne, im Osten sogar nur noch 43 Prozent.

Verantwortlich dafür sind der Abgang vieler Industriebetriebe aus Deutschland sowie der enorme Konkurrenzdruck. Formelle Arbeitsverhältnisse wurden ausgetauscht durch Leiharbeit oder durch sogenannte Scheinselbständigkeit. Die Leiharbeiter genießen nicht dieselben Rechte wie Stammarbeiter, und sie können jederzeit abgezogen werden an andere Arbeitsplätze. Im Falle der Scheinselbständigkeit schließen die Arbeiter einen Werkvertrag ab. Nun müssen sie für ihre Absicherung selber sorgen.

FÜR ECHTEN NEW DEAL KÄMPFEN

Der in 150 Jahren erkämpfte Arbeitsschutz ist wie weggeblasen. Zudem können Globalkonzerne jederzeit mit dem Umzug ihrer Betriebe ins billigere Ausland drohen. Sie zahlen kaum noch Steuern und bekommen Bauland oft praktisch von den Kommunen geschenkt. Zugenommen hat die Anzahl der von den Globalgiganten sklavisch abhängigen Zulieferbetriebe. Betriebliche Vertretungen der Beschäftigten sind nicht unbedingt vorgeschrieben. Die Beschäftigten müssen sich zusammenschließen, um einen Betriebsrat und einen Anschluss an die Tarifstrukturen durchzusetzen. Wer das will, hat allzu oft mit ängstlichen bis abwehrenden Reaktionen der Kollegen zu rechnen. Wer sich hier unbeliebt macht, steht schnell mit einem Fuß auf der Straße.

Und nun kommen Globalkonzerne als große Retter in traditionell strukturschwache Gebiete. Sie bieten auf einen Schlag Tausende von neuen Arbeitsplätzen. Unter solchen Umständen kommt selbst bei solchen großen Unternehmen erst einmal keiner auf die Idee, einen Betriebsrat und einen Vertrauensleutekörper zu bilden. So war es auch bei Amazon in Bad Hersfeld. Als sich Aktivisten der Gewerkschaft Verdi erfrechten, Streikmaßnahmen auf den Weg zu bringen, wurden sie von ängstlichen Kollegen angespuckt. Die Firmenleitung veranlasste besonders streberhafte Kollegen, eine Unterschriftenliste zu zeichnen: Das Bild, das die Gewerkschaft vom Amazon-Besitzer Jeff Bezos zeichne, sei ganz gemein. Die inneren Zustände im Amazon-Versand-Betrieb werden dagegen von Insidern als geradezu totalitär beschrieben: extremer Arbeitsdruck und Überwachung der Mitarbeiter bis auf die Toilette.

Wie können die Kollegen sich gegen die Übermacht der Globalkonzerne wehren? Der im letzten Jahr verstorbene Gewerkschaftler Christian Krähling hat es bei Amazon vorgemacht. Er propagierte eine »Guerilla-Taktik«: kleine, dezentrale Nadelstich-Aktionen in ausreichender Frequenz. Dazu kommt eine spartenübergreifende Solidarisierung, im Falle von Amazon mit den LKW-Fahrern der Zulieferer. Und eine weltweite Vernetzung aller Amazon-Kollegen. Weiterhin eine Strategie der Skandalisierung: Die Ausbeutung der Mitarbeiter in den Zusammenhang stellen mit der massiven Steuerflucht von Jeff Bezos.

EINE ZEITUNG FÜR DIE KOLLEGEN

Krähling stand kurz vor der Einrichtung einer weltweit erscheinenden Zeitung für alle Amazon-Kollegen. Christian Krählings Weg muss jetzt weiter konsequent beschritten werden. Die Verteilung der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand ist übrigens auch im Betrieb möglich, sehr einfach und passend zu ordern via demokratischer-widerstand.de/verteilen.

Am Ende stellt sich nämlich immer die Frage, was eigentlich so schwierig daran war, im September 2019 den Einbruch des Repo-Finanzmarktes und damit das Platzen der Blase zuzugeben – und den Weg frei zu machen für echte geregelte demokratische Neuaushandlung in Form einer Wirtschafts- und Sozialcharta im Verfassungsrang, einem echten *New Deal*?

Das europäische Spätzünderprojekt

Um die armen Länder vor der Schuldknechtschaft durch die bösen Chinesen zu bewahren, will die EU 300 Milliarden Euro ausschütten für ein geniales Infrastrukturprojekt. | Von Hermann Ploppa

Am 15. September dieses Jahres tritt EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen an die Mikrophone, um den Völkern der Welt zu verkünden: »Hier handelt die geopolitische Kommission!« Alle Achtung. Die Europäische Union will jetzt nicht länger tatenlos zuschauen, wie die Chinesen eine Nation nach der anderen umgarnen und in den eigenen Kokon einwickeln.

Nicht länger zuschauen, wie mittlerweile 142 Staaten auf diesem Globus sich dem chinesischen Seidenstraßenprojekt (Belt and Road Initiative) anschließen. Immerhin kann die Vernetzung Chinas mit zwei Dritteln der Erdbevölkerung für uns ja bedeuten, dass in Zukunft nicht mehr amerikanische Normen gelten, sondern chinesische. Dass der neue Gigant in Fernost ansagt, wo es langgeht. Deutsche Unternehmen klagen, dass sie bei Aufträgen auf der Neuen Seidenstraße nicht angemessen zum Zuge kommen. Irgendwann sind dann die europäischen und amerikanischen Langnasen komplett isoliert.

Deswegen also jetzt der große Wurf: *Global Gateway*. Also zu Deutsch: der Torweg zur großen weiten Welt. Sage und schreibe 300 Milliarden Euro sollen in die Hand genommen werden, um in einer Art Suchtprophylaxe die unentschlossenen Entwicklungs- und Schwellenländer doch noch an die westliche Wertegemeinschaft anzubinden. Es soll »grüner Wasserstoff« gefördert werden. Infrastrukturhilfen für Bahnen, Straßen, digitale Kabelnetze oder auch Bildungseinrichtungen. Und im Gegensatz zu den bösen Chinesen, die ja die von ihnen betreuten Länder in tiefe Schuldknechtschaft verwickeln (was der Westen bekanntlich nie tut), will die EU diese Länder einfach beschenken.

NICHTS ALS HEISSE LUFT AUS DEM TRANSATLANTIK

Alterspräsident Joe Biden hatte bereits im letzten Jahr beim G7-Gipfel eine amerikanische Variante ausgerufen: »*Build Back Better World*.« Also eine bessere Welt wieder aufbauen. In diesem Fach sind ja die USA, wie jeder Afghane mit dankbarer Rührung zu erinnern weiß, ganz große Experten. Beruhigend an dieser wiederhergestellten amerikanischen besseren Welt ist, dass man später nichts mehr von ihr vernommen hat.

Die Europäer hatten schon einen Versuch gewagt, die Chinesen das Fürchten zu lehren. Eine EU-Asien-Konnektivitätsstrategie war sehr schnell wieder in der Versenkung verschwunden. Nun stellen einige Spaßverderber die Frage, wo die EU die 300 Milliarden Euro eigentlich hernehmen will? Nun ja, das weiß man noch nicht. Muss man denn eigentlich alles immer schon wissen? Also, 40 Milliarden Euro sind wohl zusammengekratzt oder auch wieder nicht so sicher, man weiß es nicht. Andererseits: Wenn die EU in der Lage ist, mal eben aus dem Nichts zwei Billionen Euro aus dem Ärmel zu zaubern, um Europa vor dem Kollaps durch die irrsinnige Corona-Politik zu bewahren, ist das doch wohl ein Klacks, oder?

CHINA IST DEN EU-BÜROKRATEN SCHON MEILENWEIT VORAUS

Allerdings könnte die galoppierende Inflation infolge dieser schaumgeborenen zwei Billionen Euro auch die möglicherweise 300 Milliarden Euro beträchtlich entwerten. Zunächst möchte man allerdings schon den östlichen Rand der EU von China wieder freikaufen. 30 Milliarden Euro sollen an die Länder des Balkans fließen, damit neue Züge über neue Eisenbahntrassen rollen können. Aber auch das könnte schon zu spät sein. Denn China hat bereits mit jenen Ländern der östlichen EU-Peripherie ein 16 plus 1-Abkommen geschmiedet. Während die westliche Wertegemeinschaft Serbien vornehmlich mit Bomben und insbesondere mit nuklearen Streubomben überzogen hat, schenkten die Chinesen der Stadt Belgrad eine Brücke über die Save. Ein Schnellzug soll mit chinesischer Hilfe regelmäßig zwischen Belgrad und Budapest verkehren.

Wie die *Global Gateway* der EU finanziert werden soll, weiß noch kein Eurokrat so richtig. Der Vorsitzende des Handelsausschusses im EU-Parlament, Bernd Lange von der SPD, preist die Initiative als »Beitrag zum weltweiten Kampf gegen Klimawandel und Armut«. Sein Kollege von der CSU, Markus Ferber, ist da nicht ganz so überzeugt: »Ein großer Wurf sieht anders aus. China wird nicht vor Angst erstarren.« Der Ferber weiß Bescheid.

Denn Freistaat Bayern ist schon lange dem chinesischen Seidenstraßen-Projekt beigetreten und unterhält allein drei eigene bayrische Vertretungen in China.
Dös is oa Gaudi!

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will noch weit kommen.
Collage: Jill Sandjaja

Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

SCHOLZ VERHÖHNT POLNISCHE NACHBARN

Warschau/DW. Der unter Korruptionsverdacht stehende Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bestätigte bei seinem Antrittsbesuch in Warschau die schlimmsten Befürchtungen der polnischen Regierung. Im Blick auf das Koalitionspapier der Ampel hatte Jarosław Kaczyński, Vize-Ministerpräsident Polens und Vorsitzender der Regierungspartei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS), in einer Parteisitzung festgestellt: »Die Europäer stehen schwierigen Zeiten gegenüber. Die Deutschen bekennen Farbe, sie wollen das Vierte Reich aufbauen. Wir werden das nicht zulassen.« Das »Vierte Reich« sieht er, wie andere europäische Politiker, in der Schaffung eines europäischen Föderalstaats unter deutscher Vorherrschaft. Als Olaf Scholz auf Reparationszahlungen für Verbrechen in Polen während des Zweiten Weltkrieges angesprochen wurde, antwortete dieser bei seinem Antrittsbesuch, dass Deutschland bereits »sehr, sehr viel« Geld in den europäischen Haushalt zahle. Damit löste er in Polen parteiübergreifend Entrüstung hervor. Deutschland profitiert als sogenannte Exportnation am meisten von den EU-Strukturen. (hes)

SPRITZENVERTRÄGE BLEIBEN VERSCHLUSSSACHE

Brüssel/DW. Die Europäische Kommission weigert sich, die Verträge und die Absprachen zwischen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem Pharma-Konzern Pfizer öffentlich zu machen. Nach einem Bericht von netzpolitik.org will die EU-Kommission nicht die Kurzmitteilungen veröffentlichen, mit denen von der Leyen den Spritzen-Deal über 1,8 Milliarden Impfdosen von Biontech/Pfizer ausgehandelt haben soll. Im April 2021 hatte die *New York Times* von der Existenz der Nachrichten berichtet. Ob es sich bei den »messages« um sogenannte SMS handelt oder um Nachrichten über Messenger wie Signal, WhatsApp oder Telegram, mit denen die Kommissionspräsidentin den milliardenschweren Deal ausmachte, ist bislang unklar. Durch den Beschluss bleibt geheim, wie die Preise für die Impfstoffe festgelegt wurden und welche Länder bei der Lieferung bevorzugt wurden. Laut Angaben der Kommission sollen SMS oder Messenger-Nachrichten nie archiviert werden, obwohl sie erwiesenermaßen genutzt werden. (hes)

AKTIENKURS AUF HÖHENFLUG

Mainz/DW. In einer Konferenz vor Aktieneignern und Presse verkündete Biontech-Chef Uğur Şahin am 8. Dezember 2021, dass für die sogenannte Omikron-Variante des Coronavirus ein neuer Impfstoff aus seinem Haus notwendig sei. Er gehe davon aus, dass auch hier drei Spritzen verkauft und angewendet werden. (hes)



Fotocredits: Instagram @stellamoris7

AUSLIEFERUNG IN DAS LAND DER UNBEGRENZTEN HAFTSTRAFEN

Der Whistleblower und Enthüllungsjournalist Julian Assange kann nun doch an die USA ausgeliefert werden – obwohl sich sein Gesundheitszustand immens verschlechtert hat. | Von Nicolas Riedl

Dass der Wikileaks-Mitbegründer Assange nun doch dem US-Imperium zum Fraß vorgeworfen werden könnte, ist eine weitere dunkle Stunde in der schon lange andauernden Nacht der Pressefreiheit des Westens. Bislang bewahrte ihn sein gesundheitlicher Zustand vor der Auslieferung. Doch was bedeutet schon »Gesundheit« in diesen Tagen? Entsprechend verwundert es nicht, dass das Urteil des District Court durch das High Court gekippt wurde und die Air Force im Grunde genommen schon die Turbinen für den Auslieferungsflug starten kann.

Assanges gesundheitlicher Zustand hat sich mittlerweile signifikant verschlechtert. Ende Oktober soll er einen Schlaganfall erlitten haben. Seine Verlobte Stella Moris machte den Stress dafür verantwortlich. Eine Äußerung von Assanges Vater John Shipton lässt indes aufhorchen. In einem Interview mit *Thinkview* äußerte dieser, Assange sei in Belmarsh doppelt geimpft worden. Unfreiwillig, versteht sich.

Die anwaltlichen Vertreter der USA stellen derweil entgegenkommende Zusicherungen in Aussicht. Etwa, dass Assange ausreichend psychologische wie auch medizinische Versorgung erhalten würde. Auch könne er die Haftstrafe in seinem Heimatland Australien absitzen. Das klingt im ersten Moment nach einer Art fairem *deal-making.* Doch was ist von diesen Zusicherungen wirklich zu halten? *Wikileaks* veröffentlichte unter anderem eine Mail von Bidens Parteikollegin Hillary Clinton. In dieser fragte sie ganz ungeniert, ob man Assange nicht einfach mit einer Drohne »wegbomben« könne?



Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München.

Zuspitzung in Österreich

Das Regime verschärft die Gangart. Gleichzeitig schwächelt die Regierung und die Straßenmobilisierungen sind massiv. | Von Eric Angerer

Die Regierungsparteien ÖVP und Grüne haben den *Lockdown* für Ungeimpfte unbefristet verlängert. Und mit Unterstützung von SPÖ und den liberalen NEOS haben sie eine Impfpflicht ab 1. Februar 2022 beschlossen. Das *Great-Reset*-Parteienkartell in Österreich spielt damit hinsichtlich Repression eine Vorreiterrolle in Europa.

Angesichts des Gegenwindes faseln die konservativen und grünen Politiker von Verständnis für Verzweifelte, von Dialog und Überwindung der Spaltung der Gesellschaft – und beharren gleichzeitig auf Impfpflicht und Dauer-*Lockdown*. Ein ekelerregender Zynismus!

Die ÖVP-Ministerin Köstinger warf kürzlich sogar dem FPÖ-Vorsitzenden Kickl, der für freie Entscheidung bei der Impfung eintritt und die Impfkampagne kritisiert hatte, vor, er habe »schon Blut an den Händen«. Solche Hetze gegen den prominentesten politischen Kritiker des Corona-Regimes, die natürlich von den *Mainstream*-Medien groß gespielt wurde, richtet sich natürlich gegen jeden Widerstand.

WACKELIGE REGIERUNG

Der aggressive Kurs von ÖVP und Grünen kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Regierung zunehmend instabil wird. Laut Umfragen ist die ÖVP von 37 Prozent bei den Wahlen 2019 auf nun 22 Prozent abgestürzt. Der adelige Kurzzeitkanzler Schallenberg, der den Impfunwilligen die »Zügel stärker anziehen« wollte, war dermaßen unbeliebt, dass er nach wenigen Wochen ersetzt werden musste.

Neo-Kanzler Nehammer ist ein empathieloser Eisblock, sein Innenminister Karner betreibt in seiner Heimatgemeinde das Museum für den austrofaschistischen Diktator Dollfuß. Und der ebenfalls ungewählte grüne Gesundheitsminister Mückstein ist nicht nur offensichtlich fachlich inkompetent, sondern wirkt zuletzt immer mehr wie ein Sprechroboter. Neue interne Probleme der Regierung sind sehr wahrscheinlich.

FREIHEITSBEWEGUNG

Ein wesentlicher Grund dafür sind auch die Massendemos, die einen neuen Aufschwung erfahren haben. Bereits am 20. November und am 4. Dezember waren in Wien jeweils mindestens 100.000 Menschen auf der Straße, in polizeiinternen Schätzungen soll sogar von 300.000 die Rede gewesen sein. Die Demo am 11. Dezember spielte sich wieder in diesen Größenordnungen ab – für einfache Teilnehmer waren die Menschenmassen nicht annähernd überblickbar.

Bei der Kundgebung der neuen Partei Menschen Freiheit Grundrechte (MFG) waren einige Tausend Menschen, überwiegend aus der linksliberalen Mittelschicht und einige Linke. Die riesige Mehrheit fand sich aber bei der von der FPÖ mitorganisierten Mobilisierung ein. Dort waren die Teilnehmer sehr gemischt, ein wirklicher Querschnitt der Gesellschaft: nur ein kleiner Teil organisierte Rechte, etliche Alternative, sehr viele Menschen aus der Arbeiterklasse, zahlreiche mit (süd-)osteuropäischem Hintergrund.

Diese Demos sind wunderbar und für wohl alle Teilnehmer ein Wohltat. Sie machen dem Regime Druck, beunruhigen die Regierung ganz offensichtlich massiv. Man wird sehen, ob sie auf diesem Niveau gehalten werden und der Regierung Zugeständnisse abringen können. Aus dem FPÖ-Milieu wurde durchaus auch schon die notwendige Perspektive von Streiks angedacht. Allerdings sind die offiziellen Gewerkschaften Diener des Regimes und die Bewegung verfügt bislang über keine Strukturen in den Betrieben.



Eric Angerer ist studierter Historiker und politischer Aktivist in Österreich.

Laut Meldung der britischen Zeitung *Guardian* steckt die australische Regierung mittlerweile positiv auf Corona Getestete in die Quarantänelager im nördlichen Territorium. Was bislang von deutschen »Faktencheckern« als Fake-News bekämpft wurde, bewahrheitet sich nun.

Demnach wurden Ende November 40 australische Aborigines in das Lager in Howard Springs (rechts) deportiert. Videoaufnahmen belegen, dass mittlerweile Menschen auf der Straße aufgegriffen und in die Lager gebracht werden. Laut offizieller Internetseite der australischen Regierung dürfen sich die Menschen dort nur in ihrer Baracke oder Veranda aufhalten und sich nur in Begleitung von Wärtern bewegen, denen sie unbedingt Folge leisten müssen.

Die Insassen dürfen keine Besucher empfangen, nicht kochen, keinen Alkohol trinken und keine Pakete, persönliche Gegenstände oder Lebensmittelsendungen empfangen. Familienräume gibt es nicht, aber kabelloses Internet. In einem Hilferuf hatten sich Aborigines-Anführer Mitte November an die Weltöffentlichkeit gewandt und gewarnt, dass an ihrer Bevölkerungsgruppe das Corona-Regime und der *Great Reset* vorexerziert würden. (hes)



Australische Regierung schickt australische Ureinwohner in Lager.

ORGANISIERTE VERANT

Die beiden Mitglieder des Corona-Untersuchungsausschusses in Bran
und schlampige Regierungshandeln während der ausgeru

Alexandra Motschmann: Wer kam auf die Idee, einen parlamentarischen Ausschuss ins Leben zu rufen?
Lars Hünich: Christoph Berndt und ich waren die Initiatoren, nachdem sehr früh nach Ausruf der pandemischen Lage klar war, auf welch dünner Informationslage die schwer in die Freiheitsrechte eingreifenden Maßnahmen beschlossen wurden. Wir führten dazu ein Gespräch mit mehreren beratenden Referenten und für uns war anschließend klar, dass die Trias von Erforderlichkeit, Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit nicht erfüllt sein konnte. Im Mai letzten Jahres 2020 fand der Hauptausschuss statt, bei dem drei Rechtsprofessoren zur Anhörung anwesend waren. Aus deren juristischer Sicht waren die Corona-Maßnahmen in Brandenburg verfassungswidrig. Diese Einschätzung überschnitt sich mit unserer Auffassung, so dass wir uns entschlossen, einen Untersuchungsausschuss anzustreben.

Warum wurde nur in Brandenburg ein Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen und nicht zum Beispiel in Bayern?
Christoph Berndt: Regelmäßig stehen diese starken parlamentarischen Kontrollrechte nur einer Opposition ab einer bestimmten Größe zu – ein Fünftel oder ein Viertel sind hier deutschlandweit regelmäßige Quoren. Dieses Quorum erreicht die AfD nur in wenigen Ländern. Unsere Fraktion im Brandenburger Landtag hat 23 von 88 Abgeordneten und erreicht damit das hier notwendige Quorum von 20 Prozent, um einen solchen Antrag ohne Koalitionspartner beschließen zu können.

Was für Fragen stellt ihr in eurem Ausschuss genau?
Hünich: In dem Ausschuss geht es tatsächlich rein um Fragen des Regierungshandelns – auf welcher Datenbasis wurde entschieden, warum wurde wie entschieden, und was genau wurde mit den Entscheidungen erreicht. Zu medizinischen Themen können wir nur soweit fragen, wie diese zur Grundlage für eine konkrete staatliche Maßnahme geworden sind. Der Ausschuss untersucht also nicht die pandemische Diagnose anhand medizinischer Fragen, sondern ob das Regierungshandeln erforderlich, geeignet und verhältnismäßig auf der Grundlage der pandemischen Diagnose war und wie die Diagnose zustande gekommen ist.



Christoph Berndt, AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg

Wann genau hat der Untersuchungsausschuss seine Arbeit aufgenommen?
Hünich: Am 23. September 2020 wurde der Antrag im Landtag beschlossen und wir haben im Januar 2021 mit der Arbeit begonnen. Seitdem wurden Regierungsvertreter, Ministerialbeamte, Angehörige aus dem Koordinierungsstab, Wirtschaftsverbände und so weiter eingeladen. Wir haben auch die Herren Christian Drosten und Lothar Wieler vom RKI im Ausschuss befragt.

Haben die anderen Parteien eure Arbeit mit Wohlwollen unterstützt, um auch gemeinsam die Wahrheit herauszufinden?
Hünich: Nein, leider nicht wirklich. Die SPD, die CDU, die Grünen und die Linke boykottieren die Arbeit im Untersuchungsausschuss, wo sie nur können.

Könnt ihr dazu einige Beispiele nennen, wie kann man sich dieses Querschießen vorstellen?
Berndt: Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses ist der SPD-Abgeordnete Daniel Keller. Wir hatten zum Beispiel mit unseren Beweisanträgen auch Frau Angela Merkel und Herrn Markus Söder vorladen wollen. Dies wurde jedoch von Herrn Keller vereitelt.

Man sollte meinen, dass jeder die Wahrheit herausfinden möchte. Ihr hattet auch einen Herrn Drosten eingeladen. Was sagte er zum PCR-Test?
Hünich: Herr Drosten hat den PCR-Test als nicht aussagekräftig dargestellt, wenn nicht im Zuge des gemachten PCR-Tests auch ein Arzt über den Patienten eine zusätzliche medizinische Aussage trifft. Er erklärte, dass 70 Prozent der PCR-Tests kaum aussagekräftig sind und man bei 30 Prozent davon ausgehen könne, dass das Coronavirus vielleicht aktiv ist.

Habe ich richtig verstanden, dass die Aussage eines positiven Corona PCR-Tests nur im Zusammenhang mit einer ärztlichen Einschätzung seine Richtigkeit hat?
Hünich: Ja genau, nur der durchgeführte PCR-Test mit zusätzlicher ärztlicher Anamnese sagt über den negativen oder positiven Test etwas aus.

Habt ihr auch die Frage gestellt, ob es eine Differenzialdiagnose mit Sentinel-Praxen gegeben hat?
Berndt: Ja, das haben wir auch alles gefragt, denn im Allgemeinen werden kontinuierlich oder periodisch wiederkehrend epidemiologisch relevante Daten quasi als Nebenprodukt innerhalb der gesundheitlichen Vorsorge oder Versorgung mit dem Ziel erfasst, epidemische Entwicklungen spezifischer Krankheitsfelder in einer Teil-Bevölkerung beziehungsweise der Bevölkerung insgesamt zu ermitteln. Und dies wurde zum Beispiel von einem Herrn Wieler verneint.

Es wurden also keine Routine-Sentinels geplant, um das epidemiologische Monitoring durch das Meldesystem methodisch und inhaltlich zu ergänzen beziehungsweise zu validieren?
Berndt: Ja, so ist es.

Unglaublich. Doch wie ist der *Lockdown* denn beschlossen worden, wenn diese Zahlen, Daten und Fakten gar nicht erhoben wurden?
Hünich: Sowohl die Bildungsministerin Britta Ernst als auch Ministerpräsident Dietmar Woidke meinten, dass die Ministerkonferenz am 12. März 2021 den *Lockdown* beschlossen hat. Herr Woidke meinte, die Bilder von Bergamo hätten in ihm das Gefühl hervorgerufen, dass man jetzt handeln müsse. Meiner Meinung nach kann ein Ministerpräsident nicht nach seinen Gefühlen entscheiden, sondern muss zwingend die bestmögliche Informationslage herstellen. Dazu stehen ihm ja auch ein sehr großer Staatsapparat und die öffentlichen Gelder zur Verfügung. Dies gilt natürlich insbesondere, wenn die Entscheidung so weitreichende Konsequenzen nach sich zieht. In dieser besonders verantwortungsvollen Lage aufgrund von Gefühlen zu entscheiden, ist die maximal vorstellbare Verfehlung auf erster Ebene des Regierungshandelns.

Waren die Bilder von Bergamo nicht erst am 18. März 2020 in den Medien zu sehen, also nach der Ministerkonferenz?
Hünich: Ja, das stimmt. Und einige der Bilder, wie die mit den Särgen, waren Bilder, die in Lampedusa im Jahr 2013 entstanden sind. Auch hier haben die öffentlich-rechtlichen Medien Falschmeldungen in Deutschland verbreitet.

Auch Frau Britta Ernst, die Ehefrau von Olaf Scholz, wurde vorgeladen. Was hat sie zu dieser Thematik erzählt?
Berndt: Frau Britta Ernst hat gemeint, dass Kinder keine Treiber der Pandemie seien. Sie sagte jedoch auch, dass Eltern die Maßnahmen in den Schulen so haben wollten. Dies zeigt einmal mehr, dass Regierungsvertreter

TWORTUNGSLOSIGKEIT

ndenburg, Lars Hünich und Christoph Berndt, decken das skandalöse
ffenen Pandemie auf. | INTERVIEW von Alexandra Motschmann

die Verantwortung für ihr Handeln von sich weisen und damit genau die Aufgabe verfehlen, für die sie ins Amt gesetzt wurden. Unsere Nachfrage an Frau Ernst, ob sie selbst handlungsleitend war, ob sie selbst hätte entscheiden können, hat der Vorsitzende des Ausschusses Herr Keller blockiert. Sie hätte vermutlich antworten müssen: »Ja, ich hätte selbst beschließen können, ob die Schulen geschlossen werden oder nicht.« Wir haben es hier also mit einer organisierten Verantwortungslosigkeit zu tun. Interessanterweise war die Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher Mitte April 2020 sehr skeptisch gegenüber der Panikmache beim Corona-Thema eingestellt, dann plötzlich fand eine Kehrtwende statt. Warum, konnten wir nicht herausfinden.

Was hat Herr Lothar Wieler zum Pandemiegeschehen gesagt?
Hünich: Zunächst fanden wir es interessant, dass Herr Wieler nicht allein zur Anhörung kam, sondern einen Staatssekretär aus dem Gesundheitsministerium mitgenommen hatte, weil dieser sich auf diesem Gebiet gut auskennt. Herr Wieler erklärte, dass das RKI die Daten von den Gesundheitsämtern bekäme. Die politischen Verantwortlichen scheinen immer wieder dazu geneigt zu sein, die Verantwortung von sich auf andere abzuschieben. Die Frage, ob eine richtige Auswertung der überbrachten Zahlen stattgefunden hatte, verneinte Herr Wieler.

Nach welchen Zahlen ist man denn nun mit den Corona-Maßnahmen vorgegangen?
Berndt: Wir luden auch Herrn Michael Stübgen, Leiter des Interministerialen Koordinierungsstabes, in den Ausschuss ein und fragten ihn, woher er die Daten erhalten hatte. Er gab an, er hätte sie vom Gesundheitsministerium und auch vom RKI erhalten. Das RKI wiederum bekommt die Zahlen angeblich vom Gesundheitsministerium. So schiebt sich jeder gegenseitig den Verantwortungsball zu und am Ende ist keiner verantwortlich. Genau das ist organisierte Verantwortungslosigkeit. Es scheint also, als würden die Zahlen irgendwo zwischen dem RKI in Berlin und dem Ministerium in Brandenburg vom Himmel fallen, und als genauso seriös sind die offiziellen Zahlen wohl auch zu betrachten.

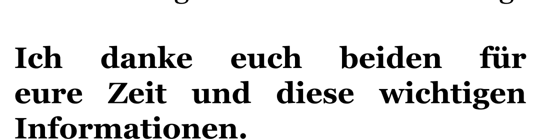
Wie kam es dazu, dass die ganzen Schließungen angeordnet wurden?
Hünich: Das haben wir uns auch gefragt, besonders weil hier ja mit zweierlei Maß gemessen wurde. Wir haben hier den Staatssekretär Michael Ranft befragt: »Wie kommt es, dass die Einzelhändler geschlossen wurden und die großen Discounter wie Lidl, Aldi und so weiter nicht?« Die Antwort war kurios: »Haben wir so ausgehandelt, die Kanzlerin wollte es so.«

Habt ihr auch nach einer repräsentativen Antikörperstudie gefragt, wie das tatsächliche Infektionsgeschehen aussieht?
Hünich: Selbstverständlich haben wir auch nach dem Differenzieren der Atemwegsdaten gefragt, aber bis heute gibt es nichts dergleichen. Es wurde mehrfach angefragt, warum das nicht gemacht wird. Jeder wurde gefragt, auch Wieler und Woidke. Die Antwort blieb aus. Selbst die *taz* hat mal eine Datenerhebung gemacht. Hier in Deutschland wird nicht mehr hinterfragt und nur noch mitgegangen, wenn jemand in der Führung etwas anordnet. In Katastrophenfilmen aus Hollywood gibt es immer ein Gremium mit Übersichtsfunktion. In der Merkel'schen Bundesrepublik hat man sich das geklemmt und setzt stattdessen auf Propaganda.

Ich bin fassungslos. Hat denn niemand über die wirtschaftlichen Folgen nachgedacht?
Berndt: Am 12. November 2021 hatten wir Wirtschaftsminister Jörg Steinbach im Ausschuss und fragten ihn, wie hoch der wirtschaftliche Schaden durch Corona sei. Daraufhin antwortete er, dazu keinerlei Daten zu haben. Alle tappen im Dunkeln und zum Licht am Ende des Tunnels will niemand gehen, denn dann müsste man seine Handlungsweise hinterfragen und womöglich Fehler zugeben. Und immer, wenn ein Zeuge sich verplappert hat, wurde vom Ausschussvorsitzenden Daniel Keller interveniert. Die Wahrheit soll nicht gehört und nicht publik gemacht werden.

Gefangenendilemma und Stockholm-Syndrom zugleich. Alles steht und fällt nach meinem Verständnis mit der Ministerpräsidentenkonferenz?
Hünich: Ja, die Ministerpräsidentenkonferenz ist bezüglich des Regierungshandelns offenbar das »Non-plus-Ultra« geworden, an deren informelle Beschlüsse sich die Landesregierung in Brandenburg weitestgehend hält. Jedenfalls hat die Landesregierung auch keine bessere Entscheidungsgrundlage, als einfach mit der Ministerpräsidentenkonferenz mitzudackeln. Es ist davon auszugehen, dass es allen dort vertretenen Regierungsvertretern so geht und die Entscheidungen auch dort eher nach Gefühl gefällt werden.

Ist euer Ausschuss auch öffentlich zugänglich?
Hünich: Ja, die Öffentlichkeit kann dazukommen, er wird im Nebenraum live per Leinwand übertragen, aktuell aber begrenzt auf 30 Personen wegen der Eindämmungsmaßnahmen im Landtag.



Ich danke euch beiden für eure Zeit und diese wichtigen Informationen.
Berndt und Hünich: Vielen Dank auch dir und dem Demokratischen Widerstand für dieses offene Gespräch.



Alexandra Motschmann ist Dichterin und Managerin von internationalen Großprojekten in der IT-Branche. Sie lebt in Bayern.



Lars Hünich, AfD-Landtagsabgeordneter in Brandenburg

Gestaltung der Panoramaseite: Ute Feuerstacke



DW-LESERUMFRAGE VII:
JOHN F. KENNEDY-ZITAT ZUTREFFEND?

Wir fragten: »Vorausgesetzt, dass eine Revolution (Umwälzung) nur gegen MachthaberInnen ausgeführt werden kann: Wie stehen Sie zum Zitat von John F. Kennedy: ›Wer eine friedliche Revolution verhindert, macht eine gewaltsame unausweichlich‹ ?« Bis 13. Dezember 2021 erhielten wir 1.656 Stimmen. Die Antworten fielen wie folgt aus.

»Damit hat der Mensch Recht und ich bin vorübergehend gewaltbereit.« 44 Prozent, 733 Stimmen

»Damit hat der Mensch Recht, aber das müssen andere machen.« 12 Prozent, 195 Stimmen

»Damit hat der Mensch Unrecht. Ich glaube an ›Keine Gewalt‹ und die Friedliche Revolution des Volkes.« 37 Prozent, 610 Stimmen

»Damit hat der Mensch Unrecht, jede Demonstration reformiert den politischen Apparat ein Stück weit.« 3 Prozent, , 52 Stimmen

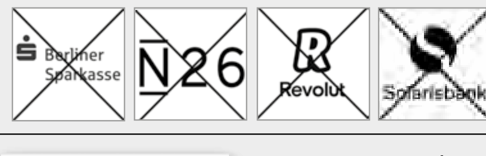
»Damit hat der Mensch Unrecht, das System kann nie mehr umgestürzt und demokratisiert werden.« 3 Prozent, 54 Stimmen

»Mir egal / ich bin zufrieden.« 1 Prozent, 12 Stimmen

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
reitschuster.de | rubikon.news
corodoks.de | corona-ausschuss.de
klagepaten.eu | mutigmacher.org
apolut.net | multipolar-magazin.de
aerztefueraufklaerung.de

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





ZEITUNGSWUNDER 20/21: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 16 Millionen in 73 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°57 vom 7. August 2021.

»Einer für alle, alle für einen«

Ein Interview mit dem Schweizer Berichterstatter und Vernetzungsprofi Ignaz Béarth.



Auf Youtube, Gather und Telegram finden sich Ignaz Béarths Arbeiten unter seinem Namen.
Foto: privat

In einer Demokratie darf es keine Zensur geben. Trotzdem werden dem streitbaren Netzaktivisten Ignaz Béarth immer wieder die Kanäle geschlossen. Bereits 2017 war sein Facebook-Konto mit 173.000 AbonnentInnen zensiert worden. Auf Youtube, Gather und insbesondere Telegram finden sich Ignaz Béarths Arbeiten unter seinem Namen in diversen Nachfolgekanälen auf.

DW: Herr Béarth, wie würden Sie Ihre Arbeit beschreiben?
Ignaz Béarth: Ich sehe mich als metapolitischen Aktivisten. Ich habe drei Schwerpunkte: *Livestreaming*-Berichterstattung von Demonstrationen, *Talk*-Gäste und die Vernetzung hier am Plattensee in Ungarn. Zuletzt hatten wir hier eine gelungene Konferenz am Balaton.

Ihnen gelingt es, Demonstrationen in ganz Europa in Konferenzschaltungen zusammenzubringen. Was haben die versammelten Menschen gemeinsam?
Ich bemühe mich in der Tat, europaweit und auch weltweit alle Demokratiebewegungen in der Berichterstattung zusammenzufassen, die sich konträr zum globalfaschistischen *Great Reset* stellen. Uns einen Meinungsfreiheit, Meinungspluralismus, demokratische Grundprinzipien, die Versammlungsfreiheit, auch das Recht, Bargeld zu besitzen. Es ist wichtig, auch physisch etwas besitzen zu können, um frei zu sein und selbst zu bestimmen, wie man leben möchte. Die Freiheit der Völker der Erde ist mir wichtig.

Wie beschreiben Sie als Schweizer die aktuelle Lage in Deutschland?
Die Lage in Deutschland ist symptomatisch für die gesamte geopolitische Entwicklung. In Deutschland werden jetzt Politfunktionäre eingesetzt, die vom westlichen Großkapital jahrelang herangezüchtet worden sind, Stichwort »Young Global Leaders«. Die machen das, was sie sollen, nämlich die Neue Weltordnung installieren. Sie dienen nicht den Menschen oder der Demokratie, sondern sie dienen ihren Herren, dem Großkapital. Es sind nichts als Hofpolitiker, die nicht, wie es in einer Demokratie ja der Falle wäre, dem Volke dienen, sondern Oligarchen. Aber Hochmut kommt vor dem Fall. Gestalten wie Klabauterbach und Baerbock sind nur so mächtig geworden, weil die Menschen untätig waren und es zugelassen haben.

Haben Sie Verständnis dafür, dass laut Meldungen immer mehr Menschen in der BRD sich auf Notwehrsituationen vorbereiten?
Man muss sehen, dass die Bundesrepublik derzeit kein demokratisch legitimierter Staat mehr ist. Es ist ein installiertes Vassallenregime der Globalfaschisten. Deutschland, Frankreich, Italien sollen als souveräne Staaten dem Globalfaschismus weichen. In dem Kontext betrachtet, ist es wichtig, dass die Menschen wieder lernen, sich zu verteidigen, lernen, sich zu wehren und sich nicht mehr alles gefallen zu lassen. Das ist sehr wichtig, denn das, was jetzt an der Macht ist, sind Faschisten, die zu allem bereit sind. Die lassen aus vermeintlich gesundheitlichen Gründen Menschen bei Demonstrationen zusammenschlagen. Oder sie beschießen sie bei Minustemperaturen mit Wasserkanonen. Wir müssen zusammenhalten: »Einer für alle, alle für einen« ist ein sehr wichtiges Motto.

Herr Béarth, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

POP POP



Mehr als nur eine gesichtslose Masse!
Foto: Kerry Murray

DER WIDERSTAND BEKOMMT GESICHT

Der Fotograf Kerry Murray aus Bristol hat der britischen Demokratiebewegung durch bestechende Fotos ein Gesicht gegeben. Diese verweilen nun nicht mehr ausschließlich im digitalen Raum, sondern werden demnächst im analogen Raum ausgestellt. Am 20. Dezember ist es in London so weit. Die Bilder können in der Londoner »Secret Art Gallery« bewundert werden. Und zwar von allen! 2- oder 3G-Segregation gibt es in London nicht. (nir)



First Future liefert Beats gegen korrupte Pharma-Erfüllungsgehilfen.
Foto: instagram_firstfuture.

LYRISCHE NACKENKLATSCHER FÜR PANDEMISTEN

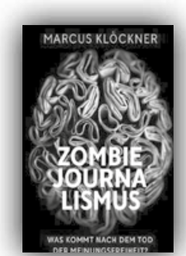
Der Rapper First Future zieht auf seinen *Lockdown-Tracks* gegen das Corona-Regime mächtig vom Leder. *Political Correctness* kann der Straßenrapper allenfalls buchstabieren. Er nimmt kein Blatt vor den Mund, ganz zu schweigen von einer Maske und teilt auf *Carlo-Coxxx-Nutten-Type-Beats* gnadenlos gegen alle jene politmedialen Schergen des Corona-Regimes aus. Bei First Future entlädt sich die künstlerische Aggression nicht einfach gegen andere Rapper im *Social-Media*-Kosmos, sondern auf dem *Beat* gegen wahre Täter und Verursacher gesellschaftlicher Missstände ungekannten Ausmaßes. (nir)

DW-BESTSELLERLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Die Intensiv-Mafia.
Von den Hirten der Pandemie und ihren Profiten, Tom Lausen und Walter van Rossum
Rubikon
978-3-96789-026-6



Zombie Journalismus.
Was kommt nach dem Tod der Meinungsfreiheit
Marcus Klöckner
Rubikon
978-3-96789-022-8



Corona – Angst.
Was mit unserer Psyche geschieht
Aaron B. Czycholl,
Dietmar Czycholl,
Hans-Joachim Maaz
Frank & Timme
978-3-7329-0723-6



Die Kunst, möglichst lange zu leben.
Gerd Reuther
Riva
978-3-7423-0633-3



Not und Gebot.
Grundrechte in Quarantäne
Heribert Prantl
Beck C.H.
978-3-406-76895-8



Viren.
Supermacht des Lebens
Karin Mölling
C.H. Beck
978-3-406-76029-7



Also sprach Corona.
Die Psychologie einer geistigen Pandemie
Wilfried Nelles
Scorpio 2021
978-3-95803-390-0



Richtig Auswandern und besser leben. Wie Sie sich nicht mehr über gierige Politiker und hohe Steuern ärgern, Norbert Bartl
Kopp Verlag 2021
978-3-86445-847-7



Corona-Impfungen.
Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten
Beate Bahner
Rubikon
978-3-96789-024-2



Hinter der Zukunft.
Thomas Eisinger
Nova MD 2021
9783969668610

Dzień dobry! Ein Besuch in der Philharmonie von Stettin

Von Anselm und Louise Lenz

Während die Bundesrepublik in Faschismus und Genozid versinkt, ist von Berlin aus das rettende Ufer zur Zivilisation fast mit dem Fahrrad zu erreichen: »Dzień dobry!«

Diesmal fuhren wir auf Einladung von polnischen Demokraten nach Stettin/Szczecin. Die Stadt ist auch im Winter ansehnlich mit schönen Vierteln – und bietet alles ohne Terror. Die Polen werden ihrem guten Ruf gerecht: praktisch, intelligent, gewitzt und meist auch heiter bis offen. Der von Baerbock und Konsorten geschürte Polenhass und Rassismus falsifiziert sich überall.

Unsere Gastgeber – zwei Männer, die sehr gut und frei in Polen leben – freuen sich, dass uns die Philharmonie so gut gefällt. Ein Beispiel gelungener moderner Architektur und eine ausgezeichnete Akustik für die Stettiner Philharmoniker. Sie spielen an jenem Abend Jean Sibelius' dritte Sinfonie in C-Dur (Op. 52) und Camille Saint-Saëns zweites Klavierkonzert in G-Moll (Op. 22).

Gerade Saint-Saëns! Ein berührenderes Stück Musik nach zwei Jahren faschistischer Kulturvernichtung im Deutschland



Chefredakteur und Herausgeber der Zeitung Anselm Lenz und Ehefrau Louise Lenz zu Besuch in der Stettiner Philharmonie Foto: DW

der Jahre 2020 und 2021 hätte es nicht sein können. Wir verdrückten ein bis zwei Tränen; unsere polnischen Freunde reichten uns weiche Papiertaschentücher anstatt Kinderschändermasken.

»Sie haben die Karten auf den Tisch gelegt, sie wollen das Vierte Reich in Europa errichten«, wurde zuletzt der polnische Präsident Stanisław Kaczynski zitiert, als Baerbock sich in Warschau wie ein Nazischwein aufgeführt hatte. »Wir sind damit nicht einverstanden«, blieb der polnische Präsident tapfer. Aber erwähnen wir hier lieber Yeol Eum Son am Klavier, den norwegischen Dirigenten Rune Bergmann und ein Orchester von Rang .

Weitere Spieltermine auch anderer Werke am 19., 25., 26. und 31. Dezember und im neuen Jahr.
Siehe auch filharmonia.szczecin.pl,
Kassentelefon 0048 91 431 07 20

Filharmonia im Mieczysława Karłowicza w Szczecinie
ul. Małopolska 48
70-515 Szczecin/Stettin



SPORT MIT BERTHOLD

KIMMICH BEARBEITET

Der Profisportler vom FC Bayern München Joshua Kimmich war bereits im sogenannten BMI-Panikpapier genannt worden. Nach seiner selbstbewussten öffentlichen Absage an die lebensgefährliche mRNA-Impfung ist er von verschiedenen Seiten bearbeitet worden.

Sie taten fast alles, um ihn zum Einschwenken auf die fatale Staatsräson zu bringen. Da er allerdings zuletzt positiv getestet wurde, kann ich gar nicht beurteilen, ob er sich wirklich dieser Gentherapie unterworfen hat. Das mediale Begleitprogramm lief ja ohne Sinn und Verstand ab, die Meldung war ihnen wichtig, nicht die Umsetzung. – Dies jedenfalls zum Thema mündige, selbstbestimmte Spieler.

Apropos vermeintliche Staatsräson: Deutschland hat eine ganz dunkle Rolle in dieser Massenmanipulation übernommen. Es ist aber noch nicht zu spät, dem übergriffigen Staat Einhalt zu gebieten. Gerade wir Deutschen sind nun in der Pflicht, den Nürnberger Kodex zu verteidigen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

samte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 73. Ausgabe ab Samstag, 18. Dezember 2021. | Redaktionsschluss war am 16. Dezember, 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ronja Palmer, Dr. Yana Milev, Clark Kent, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.